Morgenausgabe
Nr. 555 / A 279 46. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
27. November 1929

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 50 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Reichstagsbeginn.

Hugenberg-Debatte ohne Hugenberg / Die großen Finanz- und Wirtschaftsfragen.

Heute tritt der Reichstag zu seiner diesjährigen Herbsttagung zusammen. Die Tagesordnung der ersten Sitzung ist wie üblich mit solchen Vorlagen besetzt, die ohne große Debatten den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden.

Die politischen Verhandlungen werden voraussichtlich erst am Freitag beginnen. An diesem Tage soll das Hugenbergsche „Freiheitsgesetz" in erster Lesung beraten werden, das mit 10,019 Proz. der Stimmberechtigten durch das Volksbegehren gegangen ist. Die Reichsregierung wird sich damit begnügen, in einer kurzen Erklärung ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs bekanntzugeben und im übrigen betonen, daß der Kurs der auswärtigen Politik unverändert bleibt. Wer von den Deutschnationalen den Entwurf begründen wird, weiß man noch nicht. Hugenberg tut es nicht. Auch Graf Westarp hüllt sich in Schweigen. Es ist jetzt die Rede davon, daß der vielgewandte Herr Quaatz die deutschnationale Fraktion in der Aussprache vertreten soll. Die Regierungsparteien werden sich zunächst wohl auf eine gemeinsame kurze Erklärung beschränken, die die Ablehnung des Entwurfs begründen wird. Das Weitere hängt vom Gang der Debatte ab.

In den Wandelgängen des Reichstages erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß ein Teil der deutschnationalen Fraktion sich offen gegen den § 4, den Zuchthausparagraphen erklären und auch gegen ihn stimmen will. Natürlich kann das nicht die Folge haben, daß dann etwa die Vorlage ohne den § 4 angenommen würde. Selbstverständlich muß das ganze Gesetz in allen seinen Teilen abgelehnt werden. Die Minderheit, die mit Ja stimmen wird, dürfte kaum das volle Hundert erreichen, beim § 4 wird sie noch geringer sein.

Von der kleinen Christlichnationalen Bauernpartei ist bekannt, daß sie für den Gesetzentwurf stimmen wird. Mit der Ueberweisung des „Freiheitsgesetzes" an einen Ausschuß, wie es die Deutschnationalen wünschen, sind die Regierungsparteien nicht einverstanden. Die zweite Lesung kann also gleich am zweiten Tage nach der ersten Lesung beginnen. Werden in der zweiten Lesung alle Teile der Vorlage abgelehnt, so kommt es zu der sonst üblichen dritten Lesung nicht mehr.

Das Republikschutzgesetz soll noch vor Weihnachten erledigt werden. Der Entwurf des Reichsinnenministeriums befindet sich aber noch zur Beratung im Reichsrat, der ihn einem Ausschuß überwiesen hatte. Heute soll er im Plenum des Reichsrats verabschiedet werden. Sowohl bei dieser Vorlage wie bei dem Gesetzentwurf über die Renten der Standesherren wird es im Reichstag scharfe Auseinandersetzungen geben. Daß die Deutschnationalen die kleineren Adelsgeschlechter bei der Behandlung ihrer finanziellen Ansprüche ebenso bevorzugen möchten, wie sie das früher bei den ehemals regierenden Häusern getan haben, ist bekannt. Aber auch bei Zentrum und Deutscher Volkspartei besteht noch immer die Neigung, die Standesherren bei der Abfindung ihrer verstaubten Rentenforderungen vor den gewöhnlichen Sterblichen zu bevorzugen. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich alles aufbieten, um die Wiederherstellung erraubter oder erschlichener Vorrechte zu verhindern.

Die wichtigsten Arbeiten des Reichstages in der bevorstehenden Tagungsperiode liegen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Ihre Erledigung erleidet dadurch eine Verzögerung, daß die Abschlußverhandlungen über den Young-Plan sich länger hinziehen, als zuerst angenommen werden konnte. Aus diesem Grunde dürfte der Reichshaushalt für das nächste Rechnungsjahr, obgleich er im Reichsfinanzministerium im wesentlichen schon fertiggestellt ist, den gesetzgebenden Körperschaften verhältnismäßig spät zugeleitet werden. Auch der Nachtragsetat hängt in gewisser Hinsicht von der Verabschiedung des Young-Plans durch den Reichstag und seine Ratifizierung ab. Dagegen dürfte der Einbringung der Vorlage über die Neuregelung der Zündholzwirtschaft in Deutschland, mit der die sogenannte Schwedenanleihe verbunden ist, daraus keine Schwierigkeiten mehr entgegenstehen.

Was vom Reichshaushalt gesagt worden ist, gilt im verstärkten Maße von der Reichsfinanzreform. Erst muß durch die Verabschiedung des Young-Plans Klarheit darüber geschaffen werden, wie hoch in den künftigen Jahren die Belastung des Deutschen Reichs durch die Reparationsleistungen sein wird. Reichsfinanzreform bedeutet nicht allein einen Abbau oder einen Umbau des Steuersystems. Sie greift tief hinein in die Finanzverwaltung der Länder ebenso wie der Gemeinden. Schon aus diesem Grunde muß zuerst eine Stabilisierung der staatlichen und kommunalen Haushalte herbeigeführt werden. Sind also hierbei schon erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, so werden sie noch weiter steigen, wenn es sich um die Verteilung der Lasten auf die einzelnen Volkskreise handelt. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die Sozialdemokratie nicht zulassen wird, daß eine Reichsfinanzreform nach dem Diktat der Unternehmer gemacht wird.

Von außerordentlicher Bedeutung werden die Verhandlungen über die Zollfragen sein. Den ausschweifenden Forderungen der agrarischen Großorganisationen hatte der Reichsernährungsminister ein eigenes Programm entgegengesetzt, das in einzelnen Teilen zwar einen Ausgleich zwischen den Interessen der Erzeuger und der Verbraucher versuchte, in anderen Teilen aber doch sehr bedenkliche Zugeständnisse an rein agrarische Zollwünsche enthielt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts haben bereits für eine Verbesserung der Vorlage gesorgt. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wird darüber hinaus den Gesetzentwurf, sobald er an das Haus gelangt, einer gründlichen Durcharbeitung unterziehen müssen. Ihre Absichten werden dabei durchaus positiv gerichtet sein. Sie wird mit dem aufrichtigsten Ernst bestrebt sein, erkannten Nöten der arbeitenden Landwirte mit praktischen Maßnahmen zu begegnen. Solche praktische Maßnahmen kann sie aber nicht darin erblicken, daß man rein mechanisch eine Zollmauer über die andere türmt. Es ist notwendig, neue Wege zu beschreiten und auf ihnen die gesamte deutsche Landwirtschaft zu rationellem Schaffen emporzuführen.

Die nächste Zukunft muß zeigen, ob die Parteien der Mitte bereit sind, mit der Sozialdemokratie gemeinsam die notwendige Lösung zu suchen.

Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird es also viel Arbeit geben, und mancher Kampf steht ihr bevor. Ob Opposition oder Koalition— in keinem Fall gibt es eine wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen ohne harte Arbeit und scharfen Kampf!

Riesenkoalition in Prag.

Größter Teil des bisherigen Bürgerblocks plus Sozialdemokratie

Prag, 26. November. (Eigenbericht.)

Der heutige Tag stand im Zeichen der regsten Verhandlungstätigkeit bei allen größeren Parteien. Im Vordergrund der Diskussion stand die gestern vom Ministerpräsidenten Udrzal neuerdings vorgeschlagene Bildung eines sogenannten Konzentrationskabinetts, das aus dem jetzigen Bürgerblock nach Ausschluß der slowakischen und deutschen Klerikalen und aus dem Linksblock einschließlich der deutschen Sozialdemokraten bestehen soll.

Das Kabinett hätte folgende Zusammensetzung: deutsche und tschechische Agrarier, tschechische Klerikale, tschechische Nationaldemokraten und tschechische Gewerbeparteiler, ferner den Linksblock, bestehend aus tschechischen und deutschen Sozialdemokraten und tschechischen Nationalsozialisten. Es würde über 113 bürgerliche und 93 sozialistische Stimmen von insgesamt 300 Abgeordnetenmandaten verfügen. Für heute war die

Parteivertretung der deutschen Sozialdemokraten

einberufen, die am Nachmittag alle Möglichkeiten eingehend diskutierte. Anschließend daran fand abends eine gemeinsame Besprechung mit den Vertretern der tschechischen Sozialdemokratie statt, die morgen noch ihre Fortsetzung finden wird. Bei den tschechischen Agrariern entspann sich heute ein harter Kampf zwischen dem rechten und linken Flügel, ob die Forderung des Linksblocks betreffend die Ausscheidung der tschechischen und slowakischen Klerikalen, angenommen werden soll. Spät abends wird in einem Kommuniqué gesagt, daß die Anträge Udrzals von der Partei einstimmig genehmigt wurden. **Das würde also bedeuten, daß die tschechischen Agrarier dem Konzentrationskabinett ohne slowakische und deutsche Klerikale zustimmen.**

Chinas Schiedsvorschlag.

Auch Zurückziehung der Grenztruppen in Moskau beantragt.

Die hiesige chinesische Gesandtschaft teilt den Wortlaut einer längeren Erklärung mit, den sie kürzlich durch die Vermittlung der deutschen Botschaft in Moskau der Sowjet-Regierung offiziell überreichen ließ. Darin heißt es:

I. Die Chinesische Nationalregierung hat sich, ihrer Pflichten als Signatarmacht des Pariser Kriegsächtungsvertrages bewußt, stets bemüht, mit allen Ländern und nicht zuletzt mit der Union der SSR., friedliche Beziehungen zu unterhalten. Diese Haltung ist klar durch die Erklärung der Chinesischen Nationalregierung vom 17. und 19. Juli und vom 27. August 1929 bekräftigt worden, die die Frage der Ostchina-Bahn betraf, ferner durch die Tatsache, daß die chinesische Regierung nach Abbruch der russisch-chinesischen Beziehungen durch die Sowjetregierung nie an der Grenze Schritte unternommen hat, die als aggressiv oder provokatorisch oder als im Mißverhältnis zum Zwecke der Verteidigung stehend angesehen werden könnten; die Tatsache darf nicht übersehen werden, daß die chinesischen Staatsangehörigen in Rußland schlecht behandelt wurden und ihr Eigentum samt und sonders beschlagnahmt wurde, die Sowjetangehörigen dagegen, soweit sie nicht einer Gesetzesverletzung schuldig sind, die Genehmigung haben, ihrer Beschäftigung nachzugehen und daß die Chinesische Nationalregierung sich trotz des Verhaltens der Sowjetunion stets bemüht hat, den Wünschen der Sowjetregierung nach einer gerechten Regelung der gesamten Angelegenheit entgegenzukommen.

II. Zur gleichen Zeit hat die Sowjetregierung bedeutende militärische Streitkräfte an die russisch-chinesische Grenze entsandt und

mit Panzerwagen, Artillerie und Bombenflugzeugen begonnen,

Angriffe auf die Besatzungen der chinesischen Grenzgarnisonen zu unternehmen und in das chinesische Gebiet vorzugehen. Hierdurch wurden Zerstörungen an chinesischen Städten und Ortschaften und gewaltige Verluste an Menschenleben und Eigentum verursacht. Die Besatzungen der chinesischen Garnisonen dagegen haben niemals einen Gegenangriff gemacht und haben

niemals den Boden des Gegners auch nur zollbreit betreten.

III. Die chinesische Regierung ist daher sehr erstaunt darüber, daß die Sowjetregierung in ihren jüngsten Erklärungen vom 25. September und 12. Oktober behauptet, daß die chinesischen Truppen allein oder im Verein mit Weißgardisten an verschiedenen Stellen und zu verschiedenen Malen die russischen Truppen angegriffen und Ueberfälle auf die sowjetrussische Grenzbevölkerung unternommen haben. Es ist vollkommen unerfindlich, wie erdichtete Vorfälle vorgebracht werden können, um ein

kriegsmäßiges Vorgehen auf breiter Basis

zu entschuldigen, wie die Sowjettruppen es in den obengenannten Fällen durchgeführt haben.

IV. In Anbetracht dessen, daß die Sowjetregierung hartnäckig behauptet, die chinesischen Truppen hätten das Feuer an der Grenze eröffnet, schlägt die Chinesische Regierung, indem sie feierlich diesen Vorwurf zurückweist, vor,

sofort eine gemischte Kommission zu bilden, die die Angelegenheit untersuchen soll und die die Verantwortung für die gegenwärtige ernste Lage an der Grenze zu ermitteln hat.

Diese Untersuchungskommission soll sich aus einer gleichen Zahl qualifizierter Persönlichkeiten beider Länder, mit einem Angehörigen eines neutralen Landes als Vorsitzendem, zusammensetzen, mit dessen Ernennung sich beide Parteien einverstanden erklärt haben.

V. Um dem sehnlichen Wunsch der Sowjetregierung, wie er in ihrer Note vom 25. September zum Ausdruck kommt, entgegenzukommen, d. h. den Frieden an der Grenze aufrechtzuerhalten und um ihren ehrlichen Willen zu beweisen, die bereits ernste Situation sich nicht verschärfen zu lassen, schlägt die chinesische Nationalregierung vor, daß

beide Parteien sofort und gleichzeitig ihre Truppen auf eine Entfernung von 30 englischen Meilen von der Grenze zurückziehen.

VI. Für den Fall der Annahme obiger Vorschläge, die den einzigen Weg darstellen, den Frieden an der Grenze wieder herzustellen und der einzig richtige ist, den eine Signatarmacht des Pariser Kriegsächtungsvertrages einschlagen kann, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, ist die Nationalregierung — um ihre Aufrichtigkeit bei diesem Vorschlag zu beweisen — **bereit, den gesamten Streitfall zwecks Schlichtung einer neutralen und unparteiischen Stelle zu unterbreiten, der beide Teile in Ueberein-**

stimmung mit den bestehenden Gebräuchen für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten bestimmen.

Nanking, den 14. November 1929.

•

Nach den Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen, die abwechselnd von Moskau und Nanking in offiziellen Noten erhoben werden, über die sich kein Mensch in Europa und in der übrigen Welt ein sicheres Urteil bilden kann, erscheint uns der neueste Vorschlag der Nanking-Regierung als der erste wirklich begrüßenswerte Schritt, der in diesem seit nunmehr vier Monaten andauernden diplomatischen Kampf unternommen worden ist.

Das gilt sowohl für die Vorschläge schiedsgerichtlicher Art wie auch und vor allem für die Anregung einer beiderseitigen Zurückziehung der Truppen von 48 Kilometer von der Grenze.

Wenn die Sowjetunion tatsächlich ein so gutes Gewissen haben sollte, wie sie bei jeder Gelegenheit verkündet, dann wird sie nicht verfehlen, dieses Schiedsangebot anzunehmen. Freilich hat sie bisher grundsätzlich dem Schiedsgedanken unfreundlich gegenübergestanden und alle Fühler die bisher von französischer und amerikanischer Seite nach dieser Richtung hin im Mandschurei-Konflikt ausgestreckt wurden, sind in Moskau schroff zurückgewiesen worden.

Jetzt aber, wo der Vorschlag direkt von Nanking unterbreitet wird, zumal unter Berufung auf Völkerbund und Kellogg-Pakt, setzt sich die Sowjetunion glatt ins Unrecht, wenn sie sich weiter dagegen sträubt. Nach dem Statut des Völkerbundes und nach der allgemein in der Welt geltenden Auffassung, die in der Ablehnung einer schiedsrichterlichen Lösung das Kriterium für die Bezeichnung als Angreifer erblickt, könnte eine solche Ablehnung weittragende Folgen für die Moskauer Regierung haben.

Der andere Vorschlag einer beiderseitigen Zurückziehung der Truppen um 48 Kilometer von der Grenze hat seinen Präzedenzfall in dem Vorschlag Frankreichs an Deutschland am 2. August 1914. Dadurch, daß die kaiserliche Regierung auf den Vorschlag nicht einging, hat sie sich in den Augen vieler Neutralen — ganz abgesehen von der Verletzung der belgischen Neutralität — schwer ins Unrecht gesetzt. Dabei konnte Deutschland damals immerhin auf die ungeklärte Lage an seinen Ostgrenzen hinweisen — aber was würde Moskau heute für ein Argument dagegen anführen können?

Etwa die Tatsache, daß ein solcher Rückzug keinen Schutz gegen Fliegerangriffe darstellt? Gewiß, aber bisher sind ausschließlich Luftangriffe russischer Fliegergeschwader auf chinesische Städte — und zwar sehr blutige — gemeldet worden.

Appell an Völkerbund und Kelloggpakt-Mächte.

Nanking, 26. November.

Der Staatsrat hat an den Völkerbund und die Signatarmächte des Kellogg-Paktes ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, daß die chinesische Regierung stets in der Defensive geblieben sei, obwohl die Streitkräfte der Sowjetunion zu wiederholten Malen ohne Kriegserklärung angegriffen hätten, in chinesisches Gebiet eingedrungen seien, chinesische Städte besetzt und unbeteiligte chinesische Bürger kaltblütig niedergemacht hätten. Zum Schluß wird in dem Telegramm des Staatsrates der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Signatarmächte „die geeigneten Maßnahmen ergreifen werden, um dieser vorsätzlichen Verletzung des Paktes Einhalt zu tun und sie zu ahnden".

Faschistenminister im Ungarnparlament

Ovationen der Regierungsparteien / Gegendemonstrationen der Sozialisten.

Budapest, 26. November. (WTB.)

Der seit mehreren Tagen in Budapest weilende italienische Minister für nationale Erziehung Balbino Giuliano erschien heute im Abgeordnetenhaus, wo er in Begleitung der Herren der italienischen Gesandtschaft in der Diplomatenloge Platz nahm. Abgeordneter Oestör der Regierungspartei der gerade das Wort hatte, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß ein Mitglied der italienischen Regierung den Beratungen des Abgeordnetenhauses zuhöre. Die Mitglieder der Rechten und der Mitte brachen hierauf in große Ovationen aus. Minister Giuliano erhob sich in der Loge und dankte, die Rechte erhebend, mit faschistischem Gruß. Die sozialistischen Abgeordneten dagegen veranstalteten einen großen Lärm und riefen:

Was ist mit Matteotti? Vertreter von Mördern!

Was haben wir an Reparationen an Italien zu zahlen? Man hat uns Fiume genommen!" Die stürmischen Ovationen der Regierungspartei übertönten jedoch die Zurufe der Sozialdemokraten, die vom Vorsitzenden wiederholt zur Ordnung gerufen wurden.

Das Agrarprogramm des Kabinetts.

Noch einige Einzelheiten.

Die Reichsregierung verbreitet über die vom Reichskabinett zur Agrarzollfrage gefaßten Beschlüsse eine offizielle Information, aus der wir Wesentliches zu unseren Mitteilungen im Morgenblatt vom vergangenen Samstag nicht mehr nachzutragen haben. Gegenüber von anderer Seite geäußerten Vermutungen wird festgestellt, daß der Vermahlungszwang für Inlandsweizen für die nächsten zwei Monate beibehalten werden soll und darüber hinaus noch so lange, als die Preisentwicklung für Inlandweizen und die Vorräte die Beibehaltung angezeigt erscheinen lassen. Zur stärkeren Roggenverfütterung will das Reich einen Betrag bis zu 20 Millionen Reichsmark als Frachtsubventionen für den Transport in die westlichen Schweinezuchtgebiete zur Verfügung stellen. Die ganze Getreideregelung soll nur für das Jahr 1930 gelten. Für die neue Fleischzollregelung sollen die Beschlüsse des Handelspolitischen Ausschusses gelten, an denen bekanntlich die sozialdemokratischen Vertreter nicht mitgewirkt haben. Nach diesen Beschlüssen, die weiterhin Gegenstand des politischen Kampfes sind, werden die Zölle für Rindvieh auf 27 Mark und für Schafe auf 22,50 Mark je Doppelzentner, die Mindestzölle auf 24,50 Mark und 22,50 Mark festgesetzt. Hinsichtlich des Schweinezolls wird davon ausgegangen, daß bei einem Preisstand von 70 bis 85 M. je Zentner Lebendgewicht der gegenwärtige Zoll je Doppelzentner aufreicht. Wird der Preis von 70 Mark unterschritten, so wird der Zoll um 50 Proz. erhöht. Wird der Preis von 85 Mark überschritten, so wird der Zoll um 50 Proz. ermäßigt. Entsprechendes gilt für die Regelung des Mindestzolles für lebende Schweine. Der gegenwärtige autonome Zoll für Fleisch von 45 Mark je Doppelzentner wird beibehalten.

Flegeleien im Parlament.

Die preußische Regierung ruft zu ihrer Bekämpfung.

In der gestrigen Sitzung des Preußischen Landtags warf der Nationalsozialist Haake nach einem Regierungsvertreter, der seine Rede beendet hatte, mit einem zusammengeknüllten Papierball. Diese kindische Flegelei ist symptomatisch für die Art und Weise, wie die Radikalinskis der äußersten Rechten und Linken den parlamentarischen Kampf auffassen. Knotentum und Rüpelei werden sowohl von Kommunisten wie Nationalsozialisten zum System erhoben. Mahnungen des Präsidenten an diese Leute zum Anstand gehen in brüllendem Gelächter oder in einem Konzert tierischer Laute unter. Minister oder Redner anderer Parteien, die unangenehme Wahrheiten sagen, werden von dem Betroffenen mit einer Flut unflätiger Schimpfworte überschüttet.

Ein besonderer Sport der Opposition besteht darin, bei jeder Gelegenheit durch Ueberraschungsanträge die Minister herbeizuzitieren. Wei das gemeint ist, konnte man am Dienstag sehen. Kaum hatte der Kultusminister Becker, durch einen solchen Ueberrumpelungsbeschluß der Opposition herbeizitiert, den Saal betreten, als der am Wort befindliche Abg. Ponfick von der Deutschen Fraktion den Minister derartig unflätig beschimpfte, daß dieser ostentativ den Saal wieder verließ, in dem ihm niemand ein Verbleiben zumuten konnte, zumal der amtierende deutschnationale Vizepräsident v. Kries stets erst besonderer Hinweise bedurfte, um die fortgesetzten Ordnungswidrigkeiten der Rechten zu bemerken.

Es ist natürlich, daß die Regierungsparteien nicht gesonnen sind, diesen moralischen Verfall des Parlaments tatenlos mitanzusehen. Die Initiative zur Abwehr ist von der preußischen Regierung ausgegangen, die schließlich das Recht hat, von dem Parlament zu verlangen, daß es die von ihm selbst herbeigewünschten Minister und sonstigen Regierungsvertreter in der unter anständigen Menschen üblichen Art anhört und behandelt. Ein besonderes Kapitel bilden hierbei auch die „Kleinen Anfragen". An sich sind die „Kleinen Anfragen" ein wichtiges parlamentarisches Mittel, durch das der einzelne Abgeordnete von der Regierung bestimmte Auskünfte einholen kann. Wie alle vernünftigen Einrichtungen, ist auch diese von den radikalen Demagogen ihres Zwecks gänzlich entkleidet worden.

Die meisten Kleinen Anfragen der Opposition sind in die Form rhetorischer Fragen gehüllte Schimpfereien. Ihr Zweck ist, unter dem Schutz der Immunität Angriffe und Beleidigungen aller Art zu verbreiten. Wie wenig bei diesen Anfragen noch von Sachlichkeit gesprochen werden kann, dafür ein paar Beispiele:

Der Deutschnationale Steinhoff fragt, ob das Staatsministerium „mit dem System des Ministeriums des Innern einverstanden" sei, „nach dem unter allen Umständen bei jeder Veranstaltung für das Freiheitsgesetz Fälle angeblicher Unruhe von übereifrigen Beamten konstruiert werden müssen" und ob es das Staatsministerium nicht für richtiger halte, „solchen übereifrigen Beamten lieber durch Raub- und Mordgesindel gefährdete Gebiete wie den Grunewald statt ruhig auseinandergehende Versammlungen als Betätigungsgebiet anzuweisen".

In einer Anfrage des Nationalsozialisten Kube wird das Staatsministerium gefragt, ob es bereit sei, „angesichts der gespannten Finanzlage 50 Proz. der Berliner Schupoffiziere und Mannschaften fristlos zu entlassen, da sie ihrer Aufgabe, die Bevölkerung zu schützen, nicht gewachsen sind, sondern im Gegenteil stärker als irgendein anderer Faktor die Bevölkerung beunruhigen".

Der preußische Innenminister, Genosse Grzesinski, hat in diesen und einigen ähnlichen Fällen geantwortet, daß ihm Ton und Inhalt ein Eingehen auf solche Fragen verbieten. Er hat also die Beantwortung abgelehnt. Durch diese Stellungnahme des Innenministers dürften der Landtag und sein Präsidium genötigt sein, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Kleinen Anfragen zu Tummelplätzen demagogischer Schimpflust werden sollen.

Die Gnadenpraxis des Landtags.

Sie widerlegt die Behauptungen der Juristen.

Am Schlusse einer Sitzung des Rechtsausschusses des Preußischen Landtags gab der Vorsitzende Eichhoff eine Uebersicht über die Tätigkeit, die der Rechtsausschuß bisher in der Bearbeitung von Eingabensachen entfaltet hat: Seit Beginn der Session, also seit etwa anderthalb Jahren, sind 2103 Eingaben dem Rechtsausschuß zur Bearbeitung überwiesen worden. Von diesen wurden 38 zurückgezogen, 444 schweben noch, so daß 1621 Eingaben bis jetzt vom Rechtsausschuß erledigt wurden.

In diesen 1621 Sachen hat der Rechtsausschuß beschlossen: 67mal Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung, 80mal Ueberweisung zur Erwägung, 3mal Ueberweisung als Material. 1029 Eingaben wurden zurückgewiesen, 7 für erledigt und 644 für ungeeignet erklärt. Es wurde also (rund) jede 25. Eingabe zur „Berücksichtigung", jede 20. zur „Erwägung" empfohlen, ein gewiß nicht hoher Prozentsatz, zumal wenn man beachtet, daß durchaus nicht alle Eingaben auf Begnadigung abzielen, sondern daß ein großer Teil den Strafvollzug betrifft. Unter den „berücksichtigten" Eingaben befinden sich z. B. auch solche, in denen ein Strafgefangener die Verlegung in eine andere Strafanstalt, die Erlaubnis zum Halten einer bestimmten Zeitung oder etwas Aehnliches wünscht. Bei den zur „Erwägung" überwiesenen Strafsachen bleibt die endgültige Entscheidung der Regierung überlassen.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich deutlich, wie unberechtigt Angriffe sind, wie sie vor einiger Zeit der Senatspräsident a. D. Baumbach in der „Deutschen Juristen-Zeitung" gegen die Gnadenpraxis der Parlamente erhoben hat. Nach Baumbachs Ausführungen mußte man annehmen, daß eine wahre Begnadigungsmanie der parlamentarischen Ausschüsse bestände, die in der Praxis darauf hinausliefe, dem Verbrecher „die Früchte seiner Tat zu sichern"! Davon kann, wie man sieht, gar keine Rede sein. Wer die Tätigkeit des Rechtsausschusses kennt, der weiß, daß es sich in fast allen Begnadigungsfällen nicht etwa um Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, sondern um Personen handelt, die gelegentlich aus Not oder Verführung gestrauchelt sind. Andererseits liegt bei der bewährten Gnadenpraxis des Justizministeriums für den Rechtsausschuß nur in seltenen Fällen ein Anlaß vor, in diese korrigierend einzugreifen.

Schwieriges Zählgeschäft.

„Reusche" nach oben — Hugenbergs Verdächtigung gegenstandslos.

Zur Feststellung der Eintragungszahlen beim Volksbegehren wird vom Reichswahlausschuß erläuternd bemerkt:

Die Zahl der Eintragungen betrug nach der vorläufigen Feststellung 4 147 728. Nach der Feststellung des Reichswahlausschusses beläuft sich die Zahl der Eintragungen auf 4 159 626, nämlich 4 135 300 zweifellos gültig, 18 178 zweifellos ungültig und 6148 noch fraglich. Die Zahl aller Eintragungen erhöht sich also um 11901.

Die vorläufigen Meldungen der Abstimmungsleiter waren verschiedentlich insofern unvollständig, als offenbar ungültige Eintragungen nicht mitgezählt und verschiedentlich kleinere Gemeinden nicht miterfaßt worden waren. So war für den Kreis Weststernberg (Stimmkreis Frankfurt a. d. O.) dem Abstimmungsleiter eine vorläufige Zahl von 3775 gemeldet worden, während sich das endgültige Ergebnis auf 6202 beläuft. Für den Stimmkreis Baden beträgt der Unterschied der beiden Eintragungsergebnisse 811. Diese Abweichung rührt zum Teil von einer technischen Unstimmigkeit bei der Uebermittlung des vorläufigen Ergebnisses, zum anderen Teil davon her, daß bei einer Verwaltungsbehörde infolge unrichtiger Beurkundung durch die Gemeinde eine Liste mit 60 Eintragungen unberücksichtigt blieb. Im Stimmkreis Westfalen-Nord ergab die endgültige Feststellung ein Mehr von 2733 Eintragungen. Diese Steigerung dürfte aus den eingangs erwähnten Gründen zu erklären sein. Durch die Erhöhung der Eintragungsziffern in diesen drei Stimmkreisen ist der Unterschied in Höhe von 6000 geklärt. Der Rest des sonstigen Unterschiedes verteilt sich auf verschiedene andere Stimmkreise.

Der Stimmkreis Ostpreußen ist an dieser Zunahme nicht beteiligt; er ist bei beiden Feststellungen mit 330 736 Eintragungen angesetzt, und zwar bei der endgültigen Feststellung mit 319 000 gültigen Eintragungen + 5590 ungültigen Eintragungen + 6148 Eintragungen, über deren Gültigkeit oder Ungültigkeit die Entscheidung des Abstimmungsausschusses noch aussteht.

Massenbetrieb beim Staatsgericht.

Verfassungsklagen in großer Zahl.

Leipzig, 26. November.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat am 6. und 7., am 9. und 10. Dezember nach den ausgegebenen Tagesordnungen große Verhandlungen angesetzt. Am 6. Dezember wird der Streit der braunschweigischen evangelisch-lutherischen Landeskirche gegen das Land Braunschweig wegen Nichtgewährung von Staatsleistungen verhandelt. Außerdem wird an diesem Tage und am 7. Dezember im Wege der Beschlußberatung der Wunsch der Aufwertungs- und Ausbaupartei, dem Deutschen Reich gegenüber die Nichtigerklärung des Bankgesetzes vom 30. August 1924 zum Ausdruck zu bringen, erledigt. Am 9. Dezember steht die Streitsache des Deutschen Reiches gegen das Land Bayern wegen der Titelverleihungen in Bayern zur Verhandlung. Am 10. Dezember endlich wird die Klage der Gemeinde Niederglögersdorf (Kreis Lübben), die durch den Verband preußischer Landgemeinden in Berlin vertreten wird, gegen das Land Preußen wegen Verfassungswidrigkeit des Paragraphen 1 des preußischen Gesetzes über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsammlung Seite 211) verhandelt. Ferner steht an diesem Tage zur Verhandlung die Klage der Stadtgemeinde Lüttringhausen und weiterer Städte, Aemter und Gemeinden sowie der Stadtgemeinde Rheydt, der Stadtgemeinde Barmen, der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei des preußischen Landtages), der Stadtgemeinde Hamborn, der Stadtgemeinde Sterkrade gegen das Land Preußen wegen Verfassungswidrigkeit des preußischen Gesetzes über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vom 29. Juli 1929 (Gesetzsammlung Seite 91).

Sorge um die Winzer.

Kommunisten schlagen Reichskredite nieder.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage der Niederschlagung der Winzerkredite und mit Entschließungen, betreffend die Vorlegung des Entwurfs eines neuen Weingesetzes. Der Ausschuß nahm zunächst entsprechend einem Antrage der beiden Bauernparteien eine Entschließung an, durch die die Reichsregierung ersucht wird, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, daß die einstweilen noch gestundeten Reichswinzerkredite aus dem Jahre 1925 niedergeschlagen werden. Gegen die Entschließung stimmten Sozialdemokraten und Demokraten, während die Kommunisten sich auf die Seite der übrigen Parteien stellten.

Abgelehnt wurde dagegen mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten ein deutschnationaler Antrag, durch den die am 1. Oktober d. J. fällig gewesenen Winzerkredite samt den angefallenen Zinsen angesichts der noch fortbestehenden Notlage im Weinbau erlassen werden sollten. Mit gleicher Mehrheit lehnte der Ausschuß eine Entschließung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zur gleichen Frage ab. Abgelehnt wurde auch eine Entschließung der deutschnationalen Fraktion, die die Reichsregierung ersuchte, dem Reichstag den Entwurf eines neuen Weingesetzes vorzulegen, nachdem ein Regierungsvertreter mitgeteilt hatte, daß der Gesetzentwurf in Vorbereitung sei und dem Reichstag alsbald zugehen werde.

Hakenkreuz-Gruppe verboten.

Eine Universität, die sich nicht beschimpfen läßt.

Frankfurt a. M., 26. November.

Rektor und Senat der Universität Frankfurt am Main haben in ihrer Sitzung vom 26. November 1929 folgenden Beschluß gefaßt: „Die Hochschulgruppe Frankfurt am Main des Nationalsozialistischen Studentenbundes wird gemäß Paragraph 41 der Vorschriften für die Studierenden Deutschlands vom 1. Oktober 1914 wegen der Beleidigungen gegen die Frankfurter Universität, die in den am 21. und 22. November 1929 von dieser Gruppe verteilten Flugblättern enthalten sind, für dauernd verboten." Gegen die Verantwortlichen soll außerdem eingeschritten werden.

Die Schandrenten der Standesherren.

Beschränkung der Aufwertung, keine Enteignung!

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit einem Gesetzentwurf zur Regelung der staatlichen, insbesondere der standesherrlichen Renten. Die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei hatten sich an Stelle eines von der Regierung vorgelegten verfassungsändernden Entwurfs auf einen Gesetzentwurf geeinigt, der statt einer Enteignung eine Beschränkung der Aufwertung der Renten vorsieht. Nur soweit eine Rente als Ausgleich für die Aufgabe oder den Verlust von Leibeigenschaftsrechten begründet ist, deren Inhalt nach den Anschauungen der heutigen Zeit als unsittlich angesehen werden muß, soll nach § 2 eine entschädigungslose Enteignung erfolgen.

Abg. Heilmann (Soz.) stellte fest, daß die Sozialdemokratie nach wie vor einen entschädigungslosen Fortfall aller Renten fordere und auch einen entsprechenden Abänderungsantrag gestellt hat. Es habe sich aber bereits in der ersten Lesung herausgestellt, daß für einen solchen Antrag die verfassungsändernde Mehrheit nicht gegeben sei. Würde man überhaupt darauf verzichten, auch nur die Aufwertungsgrenze festzusetzen, wie es die bürgerlichen Mittelparteien wünschten, so würde man die Aufwertung den Gerichten überlassen müssen. Was das bedeute, wisse man nach den Erfahrungen mit den Hohenzollernprozessen. Infolgedessen würde die Sozialdemokratie, falls ihr Antrag auf entschädigungslose Enteignung abgelehnt werde, für den Antrag der bürgerlichen Mittelparteien stimmen. Dieser Antrag sei keine Rettungsaktion für die Standesherren, sondern eine solche für das Volk, dessen Interessen Schutz vor zu weitgehender Aufwertung erfordere.

Justizminister v. Guérard erklärte für die Reichsregierung, daß sie mit dem Antrag der bürgerlichen Mittelparteien einverstanden sei. — Abg. Lindeiner-Wildau (Dnatl.) wandte sich gegen die Abänderungsanträge der Mittelparteien, weil sie Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsordnung enthielten und die Grenze überschritten, die einer Verfassungsänderung gesetzt seien. Der Vorschlag verstoße gegen die Grundsätze eines Rechtsstaates, insbesondere dadurch, daß er Gesetzesvorschriften enthalte, denen rückwirkende Kraft beigemessen werde.

Der sozialdemokratische und der mit diesem übereinstimmende kommunistische Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Renten wurden abgelehnt. Der Antrag der bürgerlichen Mittelparteien wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, die damit gegen die in § 2 vorgesehene entschädigungslose Enteignung stimmten.

Der § 3 des Antrags der bürgerlichen Mittelparteien, der im allgemeinen eine Aufwertung von 8 Proz., in gewissen Fällen (Ausgleich für die Aufgabe oder den Verlust von landesherrlichen oder standesherrlichen Rechten, sonstige Hoheitsrechte oder Staatsrechte) von 5 Proz. und (bei Ausgleich für Aufgabe oder Verlust von Grundbesitz) 25 Proz. vorsieht, wurde ebenfalls angenommen.

Als der Abg. Maslowski (Komm.) bei der Beratung des § 3 die Sozialdemokratie angriff, stellte Abg. Heilmann (Soz.) fest, daß, wenn man mit den Kommunisten alles ablehne, die Renten vermutlich auf 100 Proz. aufgewertet würden. Der Gesetzentwurf gebe den Standesherren 5 Proz., die Kommunisten wollten offenbar 100 Proz. retten. Der einzige Punkt, in dem eine entschädigungslose Enteignung durchgesetzt sei, habe bei der Abstimmung zu § 2 keine Gnade vor den Augen der Kommunisten gefunden. Dabei habe sich abermals erwiesen, wie unmöglich es sei, mit der Kommunistischen Partei zu arbeiten.

Der Gesetzentwurf gelangt nunmehr an das Plenum des Reichstags, das ihn hoffentlich schnellstens verabschiedet.

Neue Zuspitzung in Wien.

Christlichsoziale Widerstände gegen das Kompromiß.

Wien, 28. November.

Am späten Abend wird aus dem Parlament gemeldet, daß bei den Christlichsozialen sich neue Widerstände in der Verfassungsreform bemerkbar machen, so daß die Situation am Abend wieder als kritisch gilt.

Muckertum in Schulbehörden.

Es wird mit verschiedenem Maße gemessen.

Das Provinzialschulkollegium in Koblenz hat den sozialdemokratischen Studienrat Wildangel in Oberhausen vorläufig beurlaubt, weil er ein Buch von Max Hodann im zustimmenden Sinne rezensiert und seine eigene Stellungnahme zu diesem Buche zum Ausdruck gebracht hat.

Dem gleichen Provinzialschulkollegium untersteht der Kaplan Dr. Busch, der als Religionslehrer an einer Volksschule unterrichtet und in seiner Eigenschaft als Lehrer ein gegen die Kinderfreunde gerichtetes gehässiges Flugblatt mit den Schülern der Oberklasse der Volksschule im zustimmenden Sinne durchgesprochen und auswendig hat lernen lassen.

Das Kultusministerium sollte sich einmal energisch um das Provinzialschulkollegium Koblenz kümmern, um zu verhüten, daß dort höchst einseitige Maßregelungen aus einem unberechtigten Muckergeist heraus vorgenommen werden!

Haag vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Ausführliche Besprechung.

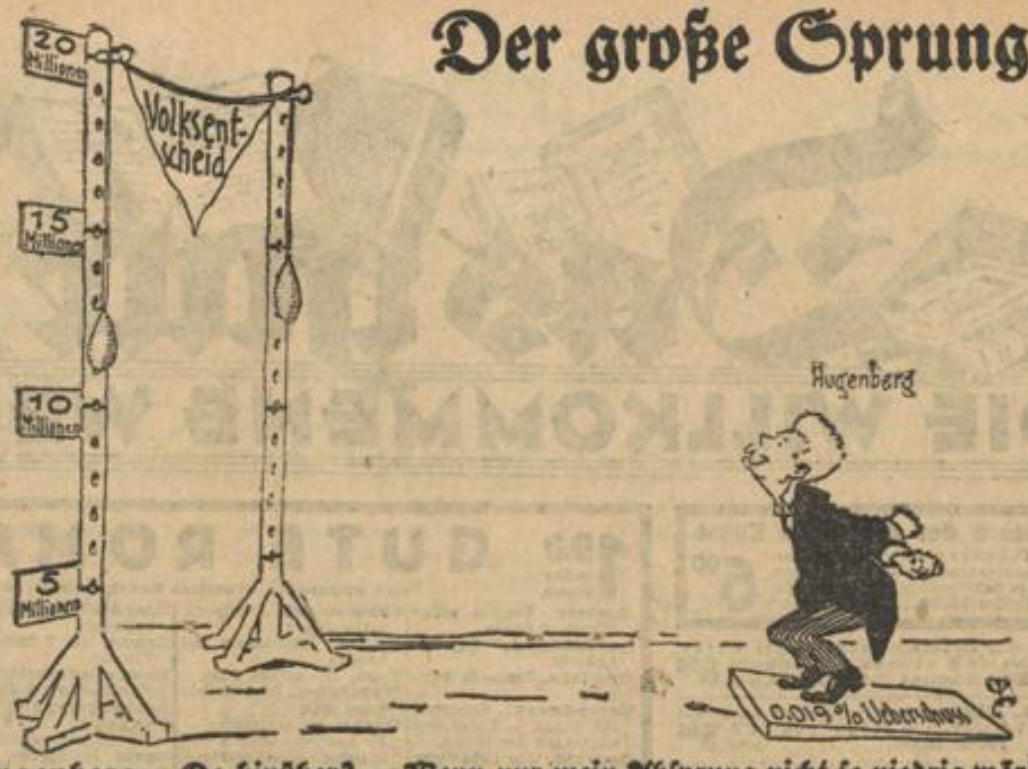
Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat am Dienstag zusammen. Der Vorsitzende, Abg. Scheidemann (Soz.), machte den Vorschlag, die Tagesordnung insofern zu ändern, daß zunächst nur die Verhandlungen im Haag besprochen werden sollen und die Polenfrage als besonderer Verhandlungspunkt danach zur Diskussion gestellt werden soll. In diesem Sinne beschloß der Ausschuß.

Hierauf erstattete Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius einen ausführlichen Bericht über die Haager Augustkonferenz und die weitere Entwicklung der Arbeiten zur Vorbereitung der Schlußkonferenz.

Die Aussprache wurde durch kritische Aeußerungen des Abg. Graf Westarp (Dnat.) eröffnet. Als weitere Redner sprachen Abg. Freiherr von Rheinbaben (D. Vp.) und Abg. Stoecker (Komm.), Dernburg (Dem.), Ulitzka (Z.), Breitscheid (Soz.), v. Freytagh-Loringhoven (Dnat.), Dr. Schnee (D. Vp.), David (Soz.) und Dr. Bredt (Wirtschp.). In der Diskussion nahmen die Reichsminister Dr. Hilferding, Dr. Wirth und Dr. Stegerwald sowie nochmals Dr. Curtius das Wort. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Am Mittwoch werden die polnischen Verhandlungsfragen behandelt werden.

Der große Sprung.



Hugenberg: „Da hinüber? — Wenn nur mein Absprung nicht so niedrig wär!"

Der neue Städtebau.

Beratung im Landtag. — Die Ausschreitungen in Goslar.

Der Preußische Landtag trat am Dienstag wieder zusammen. Präsident Bartels widmete zunächst der inzwischen verstorbenen Abg. Frau Bachem (Ztr.) einen Nachruf. Sodann teilte er dem Hause mit, daß der Vizepräsident Dr. Porsch (Ztr.) sein Amt als Vizepräsident niedergelegt hat. Er dankte dem ausgeschiedenen Präsidenten im Namen des Hauses dafür, daß er über 26 Jahre das oft nicht leichte Amt mit größter Sachkenntnis und Unparteilichkeit geführt habe.

Ueber die Nachfolge Dr. Porschs im Präsidium wird sich das Zentrum wahrscheinlich am Mittwoch entscheiden.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein und erledigt zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Sodann wurde die am 24. Oktober abgebrochene und vertagte Besprechung der deutschnationalen Großen Anfrage und der Anträge der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei fortgesetzt, die die Zurücknahme der Ministerialverfügung verlangen, die den

höheren Schulen in Goslar

die Berechtigung entzieht, Abschlußprüfungen vorzunehmen. Bekanntlich hatte der Kultusminister diese Maßnahme getroffen, weil am 11. August in Goslar bei den Reichsjugendwettkämpfen, die schwarzrotgoldenen Farben von höheren Schülern besudelt wurden.

Abg. Dr. Bohner (Dem.) billigt das Verhalten der Regierung. Die Schülerinnen der Unterterta hätten auf die Farben des Reiches gespuckt. Ein deutschnationaler Abgeordneter habe sogar in einer Goslarer Stahlhelmversammlung erklärt, daß die Schüler durch ihr Verhalten eine ausgezeichnete Reifeprüfung abgelegt hätten. Es sei zu bedauern, daß selbst die Deutsche Volkspartei in ihrer Pressepolemik das Verhalten der Schüler entschuldigt hat, obwohl die schwarzrotgoldenen Farben den Sarg Stresemanns gedeckt haben.

Abg. Schellknecht (Wpt.) erklärt, er könne zwar das Verhalten der Schüler in Goslar nicht billigen, sei aber auch nicht so erschüttert wie das Ministerium. Die Schuld trage der Farbenwechsel nach dem Zusammenbruch. Mit der Entziehung des Prüfungsrechtes habe man auch die Mehrzahl der unschuldigen Schüler getroffen. In Emden sei es zu ähnlichen Zwischenfällen gekommen. Aber es sei daraus nichts gemacht worden, wohl weil der betreffende Studiendirektor bessere Verbindung nach dem Ministerium habe. Der Minister müsse seinen Erlaß zurückziehen.

Abg. Christian (Chr.-Nat.-Bauern-P.) beantragt zur Geschäftsordnung, wegen der Wichtigkeit der Verhandlungen den Kultusminister herbeizurufen. Der Antrag wird von den Rechtsparteien und Kommunisten gegen die Regierungsparteien angenommen.

Ministerialdirektor Dr. Jahnke erklärt hierauf, daß der Minister durch Teilnahme an einer Staatsministerialsitzung am Erscheinen verhindert sei. Er müsse aber schärfsten Protest gegen die Behauptung einlegen, daß der Gymnasialdirektor in Emden durch angeblich gute Beziehungen zum Kultusministerium die Vorfälle in Emden vertuscht habe. (Zuruf von den Nationalsozialisten: „Ihr seid ja größenwahnsinnig!") Der Minister gehöre keiner Partei an. Wenn er vielleicht den Demokraten nähersteht, so sei der Emdener Gymnasialdirektor Volksparteiler.

Während der Ministerialdirektor sich auf seinen Platz begibt, wirft ihn Abg. Haake (Nat.-Soz.) mit einer Papierkugel. Unter großer Unruhe des Hauses wird er vom Vizepräsidenten Dr. von Kries von der Sitzung ausgeschlossen und verläßt sofort den Sitzungssaal.

Abg. Ponfick (Deutsche Fraktion) sieht in dem Vorgehen gegen die Goslarer Schulen einen Mißbrauch der Amtsgewalt und Gesinnungsschnüffelei. Es sei ein Verfahren, das auf dem Mistbeet der Gesinnungslumperei und des Renegatentums erwachsen ist. (Ordnungsruf.)

Abg. Kube (Nat.-Soz.) erklärt, daß der Vorfall, der zum Ausschluß des Abg. Haake geführt habe, vom Regierungsvertreter provoziert worden sei. Seine Freunde dächten nicht daran, sich von irgendeinem Angestellten des Ministeriums herausfordern zu lassen. Erst wenn die Nationalsozialisten auf Grund der Verfassung den ganzen Laden ausgeräumt hätten, würden solche Vorkommnisse unmöglich sein. Das christliche Volk werde sich auf die Dauer die Machtstellung der Demokratie nicht gefallen lassen.

Damit schließt die Aussprache. Nach den Schlußworten der Abgg. Oelze (Dnatl.), Schwarzhaupt (DVP.) und Prelle (Wpt.) werden die Anfrage und die Anträge dem Unterrichtsausschuß überwiesen.

Hierauf folgt die erste Beratung des

Entwurfs eines Städtebaugesetzes.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer begründet den Entwurf mit dem Hinweis, daß schon vor drei Jahren ein ähnlicher Entwurf dem Landtag vorgelegt worden sei. Damals sei er auf großes Mißtrauen gestoßen, aber drei Jahre hartnäckiger Fehden hätten aus der früheren Feindschaft sachliche Kritik werden lassen. Inzwischen habe man erkannt, welche Wichtigkeit der Städtebau besitzt. Leider sei es bis heute nicht gelungen, im einzelnen über Meinungsverschiedenheiten hinwegzukommen.

Ursprünglich habe er sich mit einer bloßen Erweiterung des Baufluchtliniengesetzes begnügen wollen, er sei aber durch die Städtebauer zur Ausarbeitung eines umfassenderen Entwurfes gedrängt worden. Ueberraschend wäre für ihn nun der lebhafte Widerstand aus den Reihen der Fachleute gekommen, von denen die Grundgedanken stammen. Die Meinung der Fachleute ging dahin, daß noch immer ein preußisches Städtebaugesetz notwendig sei. Erst als der Entwurf dem Staatsrat vorlag, haben sich unerwarteterweise Städtebauer von Rang gegen die Vorschriften über die Flächenaufteilung gewandt. Eine nochmalige Versammlung der Fachleute habe aber ergeben, daß die Fachleute überwiegend hinter ihm stehen. Er müsse den Verbänden der Wirtschaft, der Städte und allen anderen das Recht bestreiten, sich mit der Ablehnung des Gesetzes auf die Städtebauer zu berufen. Deshalb habe er die Pflicht, den Entwurf aufs neue vor dem Landtag zu vertreten. Er beabsichtige nicht, in einer Auslegung des Fluchtlinien- und des Wohnungsgesetzes über das hinauszugehen, was seinerzeit die beiden Häuser des Landtags beabsichtigt haben und in der Entschädigungsfrage durch eine extensive Auslegung eine für die Städte ungünstige Entscheidung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand herauszufordern. Falls das Reichsgericht eine im städtebaulichen Interesse nicht haltbare Entscheidung über die Entschädigungsfrage fällen sollte, würde der Reichsgesetzgeber eingreifen müssen.

Im übrigen habe die Vorlage die Beschlüsse des verflossenen Landtagsausschusses zum größten Teil berücksichtigt. Besonders bei der Festsetzung eines Flächenaufteilungsplans auf den Fall des „Bedürfnisses", das eng umschrieben ist.

Der Minister betont weiter, daß man sich nicht mehr gestatten dürfe, nur mit festen Straßen- und Baufluchtlinien städtebaulich zu planen. Es bedürfe hier vorausschauender Entwicklungspläne. Aber nicht dieser Gedanke, sondern das neue Mittel der hilfsweisen Baubeschränkung lasse den Entwurf gefährlich erscheinen. Die Baubeschränkung habe er versucht, auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Es sei notwendig gewesen, die nach großen Gesichtspunkten arbeitende Landesplanung zu ordnen, weil sie die Arbeit der nächsten Jahrzehnte beherrschen wird.

Der Minister erwähnt, daß ein richtiger, zweckmäßiger Städtebau den kommenden Generationen Gesundheit und Kraft geben, die Wirtschaft vor vermeidbaren Belastungen bewahren und damit eine Vorbedingung für Wohlfahrt und Wohlstand bringen müsse. Der Schutz der Privatwirtschaft müsse sich mit dem Bedürfnis der Allgemeinheit zusammenfinden. Es sei an der Zeit, die bereits 8 Jahre dauernde Gesetzesarbeit des Städtebaus zu beenden. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Bertels (Soz.) begrüßt den Entwurf, der allerdings der Nachprüfung daraufhin bedarf, ob man nicht den Wünschen der Interessenten zu weit entgegengekommen ist. Das freie Spiel der Kräfte habe sehr oft versagt. Bei der Berufung des Ministers auf den Staatsrat bleibe noch zu untersuchen, inwieweit sich der

Staatsrat mehr als Oberbürgermeister-Kammer

als als Volkskammer gefühlt hat. Es bleibe weiter zu untersuchen, ob nicht der Entwurf schon in seiner Voraussetzung, nämlich in den Flächenaufteilungsplänen, viel zu weit den Interessenten entgegengekommen ist. Die Hineinziehung zu vieler Körperschaften sei sicher vom Uebel. An dieser Kritik könne auch das in Aussicht gestellte Anhören der Gewerkschaften nichts ändern. Die Beaufsichtigung des Staates sei sicher notwendig; dennoch müsse Wert darauf gelegt werden, daß das Selbstverwaltungsrecht der Städte nicht allzu sehr eingeengt wird.

Ebenso bedürfe das Problem der Entschädigung einer gründlichen Ueberprüfung. Unbeschadet der Bestimmungen der Reichsverfassung darüber dürfe es nicht so weit kommen, daß deshalb das ganze Gesetz in Frage gestellt wird. Nur das Gemeinwohl dürfe maßgebend sein. Ebenso müssen die Bestimmungen über die Anliegerbeiträge im Ausschuß gründlich durchgesprochen werden.

Der Redner bemerkt, daß eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie sicher besser gewesen wäre. Dennoch sei ein solches Gesetz als Fortschritt zu betrachten. Seine Fraktion sei gern bereit, daran mitzuarbeiten und beantrage die Ueberweisung des Entwurfs an einen Sonderausschuß von 29 Mitgliedern. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Lüdicke (Dnatl.) bezeichnet die Bedenken des Staatsrats gegen den Entwurf als durchaus berechtigt, insbesondere über die gemeindlichen Flächenaufteilungspläne. Das ganze Gesetz mache den Eindruck, als lebten wir nicht in einem Rechtsstaat, sondern in einem Wohlfahrtsstaat. Einen solchen Entwurf müsse seine Fraktion ablehnen.

Hierauf wird die Weiterberatung abgebrochen und auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt.

Das gute Buch

★ DIE WILLKOMMENE WEIHNACHTS-GABE ★

Geschichte der deutschen Kunst. Von H. u. O. Luckenbach. 502 Seit., starker eleg. Leinenband mit 500 Abbildungen, 80 Tafeln in Schwarzdruck und 6farbigen Tafeln. Früher 18,00 .... jetzt **6⁰⁰**

Friedrich der Grosse. Ausgewählte Werke. Herausgegeben von M. v. Boehn. 1921. Leinenbd. 488 Seiten. Reich illustriert. Früher 25,00, jetzt **8⁵⁰**

Ludwig II., König von Bayern, Sein Leben und seine Zeit. Von Gottfr. v. Boehn. 1924. 502 S. Leinenband. Früher 15,00 .... jetzt **5⁸⁰**

Lily Braun, Gesammelte Werke. Mit einem Lebensbild von Julie Vogelstein. 5 eleg. Halblederbände mit zusammen 2472 S. Früh. 30,00, jetzt **15⁰⁰**

Max Deri, Die Malerei im 19. Jahrhundert. 2 Grossquartbände mit zusamm. 780 Seiten u. 200 Abbild. Eine entwicklungsgeschichtliche Darstellung auf psychologischer Grundlage. Früher 21,00, jetzt **9⁵⁰**

Guck! Guck! Ein Bilderschatz für unsere Kleinen. Herausgegeben von Hel. Binder. Verse und kleine Geschichten. 160 Seiten. Reich illustriert. Halbleinenband. Früher 6,00 .... jetzt **2⁵⁰**

1⁹⁰ jeder Band — GUTE ROMANE — 2⁸⁵ jeder Band

und andere, in hübschen Geschenkleinenbänden

Graeser, Lenkes selige Witwe. 2 Bände.
Landsberger, La, die Kokotte.
Ompteda, Denise de Montmidi.
Ossendowski, Flammendes Afrika. — Unter dem Gluthauch der Wüste.
Ostwald, Der Urberliner. 2 Bände.
Presber, Heit Geschichten
Skowronnek, Die Sporkschen Jäger.
Viebig, Dilettanten des Lebens.
Voss, Der heilige Hass.
Wohlbrück, Du sollst ein Mann sein.
Wothe, Sonnenjungfer. — Die Lawine. — Die dem Weg bereiten. — Die Polarhexe.
Zobeltitz, Drei Mädchen am Spinnrad.
Branderfels, Das Rosenhäuschen.
Braun, Im Schatten der Titanen.
Denkwürdigkeiten des Freiherrn v. d. Trenck.
Galsworthy, Jenseits.
Ganghofer, Die Martinsklause. - Schloss Hubertus.
Gorki, Die Mutter.
Hamsun, Das letzt. Kapitel.
Keller, 3. Titan u. Timotheus
Memoiren der Markgräfin Wilh. v. Bayreuth.
Schnitzler, Der Weg ins Freie.
Shaw, Die törichte Heirat.
Sinclair, Wallstreet.
Speckmann, Heidehof Lohe.
Wallace, Die vier Gerechten.
Wells, Geschichte einer Ehe.

Für Hagenbeck im Himalaya und in den Urwäldern Indiens. 30 Jahre Forscher und Jäger. 346 Seiten mit über 100 Originalaufnahmen und 3 Karten. Von Hermann Wiele. Leinenband. Früher 12,00 .... jetzt **6⁰⁰**

Thienemanns Mädchenbuch. Ein Jahrbuch der Unterhaltung, Belehrung und Beschäftigung für 10.–15 jähr. Band 29. 283 Seiten, reich illustriert, stattlicher Leinenband. Früher 7,50 ...... jetzt **2⁸⁵**

Elektrotechnik für Alle. Eine volkstümliche Darstellung der Anwendungen der Elektrizität von Hans Günther. 13. Auflage. 1925. 397 Seiten mit 746 Bildern im Text. Grosser starker Leinenband. Früher 18,00 .... jetzt **3⁸⁰**

Kinder- und Hausmärchen der Gebrüder Grimm. Gesamtausgabe mit 90 Holzschnitten von Ludwig Richter. 838 Seiten stark. Eleganter Ganzleinenband. Früher 9,00 .... jetzt **4⁵⁰**

Das heitere Buch. Herausgegeben von Walter Jerven. Enthält eine lebendige Auswahl aus der heiteren Literatur der Welt. Bierbaum — Thoma — Meyrink — Glasbrenner — Zschokke und vieles andere. 1100 Seiten. Illustriert von Szadurska. Gebunden Früher 12,00, 3 Bände zusammen jetzt **2⁸⁵**

Kurzgefasste Deutsche Literaturgeschichte. Von Eduard Engel. 878 Seiten mit 33 Bildnissen und 14 Handschriften. Eleganter Leinenband. Früher 6,00 .... jetzt **1⁶⁵**

Gustav Freytag, Erinnerungen aus meinem Leben. Herausgegeben und bearbeitet von Fr. Fischer. 250 S. Leinenbd. Früher 5,00, jetzt **95** Pf.

A. Stifter, Der Waldsteig. Eine Geschichte mit 4 Bildern. 112 Seiten. Leinenband. Früher 1,50 .... jetzt **25** Pf.

Der Löwe von Flandern. Historische Erzählung von H. Conscience. 206 Seiten. Halbleinenband. Früher 1,50. .... jetzt **45** Pf.

Chester und Logan oder Der weisse und der rote Knabe. Von Emma Truberg-Knandt. Für 10- bis 14jährige Knaben. 168 Seiten, mit 21 Bildern. Halbleinenband. Früher 5,00 .... jetzt **1⁹⁰**

Von Surr und Schnurr und anderem kleinem Volk. Von Sophie Wilmanns. Geschichten von Menschen und Tieren. 142 Seiten, mit 16 Bildern. Halbleinenband. Früher 4,00 .... jetzt **1⁹⁰**

Karl May, Reiseerzählungen

Volksausgabe, grün gebunden. Durch die Wüste. — Durchs wilde Kurdistan. — Von Bagdad nach Stambul. — Schluchten des Balkans. — Land der Skipetaren. — Der Schut. — Winnetou. 3 Bde. — Old Surehand. 2 Bde. — Kapitän Kaiman. — Auf fremden Pfaden. — Am Jenseits. — Friede auf Erden. Unter Geiern. — Sklavenkarawane. Alte Dessauer. — Aus dunklem Tann. — Der Schatz im Silbersee. Der Ölprinz. — Der Waldschwarze. — Himmelsgedanken (Gedichte). — Am Stillen Ozean. — Am Rio de la Plata. — In den Kordilleren. — Halbblut. — Vermächtnis des Inka. — Der blaurote Methusalem. — Schloss Rodriganda. — Vom Rhein zur Mapimi. — Benito Juarez. — Trapper Geierschnabel. — Der sterbende Kaiser .... Jeder Band, soweit Vorrat **2⁹⁵**

Märchenbücher

und andere Jugendschriften.
Jeder Band in Halbleinen, illustriert
90 Pf.

Andersens [illegible] **Märchen.**
Bechsteins [illegible]**buch.**
Grimms Kinder-Märchen.
Beim Grossmütterlein. Eine neue Sammlung von Märchen und Kindergeschichten.
Der Kinder Lieblingsmärchen.
Die Märchen aus 1001 Nacht.
Neuester Märchenschatz.
Märchen und Sagen. Von M. v. Felseneck.
Robinson Crusoe.
Rübezahl. Von N. J. Anders.
Münchhausen.
Aus Nah und Fern. Erzählung für Mädchen.
Frau Majors Töchterchen. Erzählung für Mädchen von E. Nordeck.
Hauff, Märchen.
Linz-Godin, Märchen.
Die Jagd nach dem Glück. Erzählung für Mädchen von Marie v. Felseneck.
Unkas, der letzte Häuptling der Mohikaner. Nach Cooper.
Die Sonne bringt es an den Tag. Von Georg Höcker.
Der rote Seeräuber.
Das lustige Kleeblatt. Erzählung für Mädchen von Marie v. Felseneck.
Die Ansiedler. Erzählung aus Südamerika von C. Reinnold.
Friedrich der Grosse und seine Helden. Von W. Mielke.
Rosemarie. Erzählung von M. Mancke.
Freie Bahn dem Tüchtigen. Erzählung von M. Mancke.

Neuer Deutscher Jugendfreund. Zur Unterhaltung und Belehrung der Jugend. Begründet von Fr. Hoffmann. Herausgegeben von Dr. Holst. Band 77 (400 Seit.). Band 78 (320 Seiten). Mit vielen farbigen und schwarzen Bildern. Jeder Band in Leinen gebunden. Früher 6,00, jetzt je **2⁸⁵**

Kleinmöbel nur in unseren Häusern: Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Wilmersdorfer Str., Kottbuser Damm, Chausseestr.

Dieser Bücherschrank, Eiche gebeizt, 152 cm hoch, 70 cm breit, 30 cm tief, kostet nur **49,–**

Versandabteilung: BERLIN SW 19, Leipziger Strasse
Schriftliche Bestellungen werden prompt erledigt. Bei Aufträgen nach auswärts vergüten wir für je 20 M. 20 Pf., die nur für Porto bzw. Verpackung in Anrechnung gebracht werden. Versand nur gegen Nachnahme oder gegen vorherige Einsendung des Rechnungsbetrages. Postsch.-Kto.: Berlin 2382.

Dieser Rauchtisch, Eiche gebeizt m. Glaskasten, Gläser Facette, kostet nur **33,⁵⁰**

Dieser Polstersessel mit Sprungfeder-Polsterung (gestreifter Bezug) kostet nur **34,⁵⁰**

MUSIKALIEN

Komet-Operettenalbum 3. 28 Orig.-Ausgaben, u. a.: Potpourri Offenbachiana, Auf ins Metropol, Strauss Waldmeister-Walzer, Fledermaus-Quadrille usw. 158 S., brosch. Früher 4,00, jetzt **1³⁵**

Klassiker der Tonkunst. Eine Sammlung der wertvollsten Schöpfungen unserer Tonheroen, mit Einführungen und Illustrationen. Bach — Mozart — Schubert — Schumann. Eleg. Prachtbände. Jeder Bd. früher 12,00, jetzt **5⁵⁰**

Wagner Opernarien mit Klavierbegleitung, 31 für hohe und tiefe Frauenstimme und 37 für hohe und tiefe Männerstimme, brosch. jeder Bd. **95** Pf.

Tanz-Tempo 1929. 22 Schlager u. a. Ramona, Chiquita, Charmain, Lach-Clown usw., Original-Ausgaben für Klavier .... nur **3⁰⁰**

Wiener Operettenklänge. 40 Lieder von Lehár, Kálmán, Stolz, Strauss, Eysler usw., ca. 118 S. Für Klavier nur **2⁸⁵**

Wagner-Opernauszüge für Gesang. Rienzi, Tannhäuser, Holländer, elegant gebunden .... jeder Band **2⁸⁵**

Klavier- und Lieder-Perlen. 1. Bd. 10 Lieder-Perlen von Peuschel, Kempner, Krome usw. 2. Bd.: 10 Operettenarien von Jessel, Ascher usw. 3. Bd.: Lustige Lieder von Preiss, May, Holländer usw. 4. Bd.: 10 Salon-Perlen von Michael, Krome, Rex usw. 5. Bd.: 10 Tanz-Perlen von Ascher, Ziegler, Lindsay-Theimer usw. Jeder Band ca. 40 Seiten stark .... nur **95** Pf.

Opern-Album. 20 Fantasien in mittelschwerer Bearbeitung von Otto Lindemann. Aus dem Inhalt: Bd. I: Tiefland, Carmen, Margarethe, Coppélia, Zauberflöte, Figaros Hochzeit, Hoffmanns Erzählungen, Freischütz, Undine, Fra Diavolo. Bd. II: Cavalleria rusticana, Mignon, Eugen Onegin, Verkaufte Braut, Don Juan, Barbier von Sevilla, Martha, Oberon, Zar und Zimmermann, Lustige Weiber von Windsor. Beste Ausstattung .... Jeder Band **2⁵⁰**

Fünf-Uhr-Tee, Bd. 13. 19 bekannte Schlager u. a. Konditorei, Blonde Inge, Gigolo, Vom Himmel das Blau usw., ca. 40 Seiten stark .... nur **4⁰⁰**

HERMANN TIETZ

Das Warenhaus Berlins in allen Stadtteilen!

Am Sonntag, dem 24. November, entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegervater und Opa, der Maurerpolier

Wilhelm Bogen

im Alter von 53 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Anna Bogen, geb. Rooch
Fritz Bogen, Willi Bogen, Lena Bogen als Kinder
Charlotte Bogen, Maria Bogen als Schwiegertöchter
Waldtraud-Ursula, Melitta-Charlotte als Enkelkinder

Charlottenburg, den 25. November 1929.
Philippistraße 12.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 28. November, vormittags 10½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am 22. November, nachmittags ½1 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein guter Mann, der Krankenkassenangestellte

Gottlieb Hetz

im 58. Lebensjahr.

Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Else Hetz.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 28. November, nachmittags 4½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Ewald Zillmann

geboren 19. Mai 1906, am 24. November gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 28. November, 15½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Johannes-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am Freitag, 22. November, nachts 12 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unsere liebe, gute Mutter und Schwester, die Gastwirtin Witwe

Anna Schmidt
geb. Kalkbrenner

im 58. Lebensjahre.

Für uns viel zu früh!

In tiefer Trauer:
Richard Schmidt und Frau
H. Schrickel und Frau Ella, geb. Schmidt
Helene Schmidt
Willi Schmidt

Beerdigung: Donnerstag, 28. November, nachmittags 2 Uhr, auf dem Elisabeth-Friedhof, Prinzenallee.

Am 24. November 1929 verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein liebe, gute Frau, meine herzensgute, treusorgende Mutti

Agnes Sprang
geb. Grabowsky

im 44. Lebensjahre.

Dies zeigen tief betrübt an
Richard Sprang
und Ursula Sprang

Die Beerdigung findet am 28. November, 3½ Uhr, auf dem Steglitzer Friedhof in der Bergstraße statt.

Verkäufe

Linoleum. Selbst. Kolonnenstraße 9.

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre, seit 1882 nur Oranienstraße 158, gewährt Zahlungserleichterung ohne Aufschlag. Keinerlei Beziehungen zu ähnlich klingender Firma.

Bettfedern ab Fabrik, graue Rupffedern Pfund 50 Pfennig an. Bettfedern-Dampfreinigung. Neu: Bettfedern-Wäsche. Bettfedernfabrik Schwan, Brunnenstraße 152, Fabrikgebäude.

Möbel

Chaiselongues, Patentmatratzen, „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Ohne Anzahlung! Möbel, komplette Einrichtungen sowie Ankleideschränke, Bettstellen, Ruhebetten, Küchen, Korbmöbel usw. Absch u. Co., Kaiserstraße 6–7, Alexanderplatz, Ebershaus. Lieferung nach auswärts.

Patentmatratzen, Polsterauflagen, 9.—, Pappelallee 12, Pankow, Schmidtstr. 1.

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 56. Herrenzimmer, Gobelingarnituren, Kindtische, Armlehnsessel. Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Möbelkäufer
merkt Kredit
und das
Möbelhaus,
große Auswahl,
kleine Preise!
Beispielsweise:

Schlafzimmer 453, Speisezimmer 317, Herrenzimmer 389, Spiegelschränke 118, Dielengarnituren 88, Anrichteküchen 99, Messingbettstelle 66, Kleiderschränke 48, Chaiselongues 28, Metallbettstelle 18, Auflegematratzen 13. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten, Kassarabatt bis zehn Prozent, auch ohne Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Mäßige Zinsen. Hauptgeschäft: Stralau, Schloßstraße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Belle-Alliance-Straße 95, Untergrundbahn; 4. Spezial-Abteilung: Neukölln, Hermannplatz 4; 5. Geschäft: Kottbuser Straße Nr. 29, gegenüber Elitesänger. Katalog franko.

Chaiselongues, wie neu, 20 M. Pappelallee 12.

Musikinstrumente

Linkpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 95.

30.— monatlich. Pianos 175.—, 275.—, 375.—, gebrauchte, neue. Große Auswahl. Thür, Kottbuser Damm 84, I (am Hermannplatz).

Pianos, neu und gebraucht, mit herrlicher Tonfülle ohne Anzahlung, kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Pianohaus, Königgrätzerstraße 61.

Hoffmann Pianos. Stammhaus gegründet 1887. Pianos, Flügel, Harmoniums, 100 Instrumente Auswahl, anerkannte Tonschönheit. Preiswürdigkeit, günstige Teilzahlungen. Neue Pianos 900 Mark, gebrauchte 400 Mark an, stets Gelegenheitskäufe. Alte Instrumente Gegenrechnung. Pianofortefabrik Georg Hoffmann G. m. b. H., Berlin SW. 68, Leipzigerstraße 87 (Spittelmarkt).

Bandonions, Lange, Uhlig, weltberühmt, Fabriklager, Fabrikpreise. Teilzahlungen, kleine Anzahlung. Musikweigel, Adalbertstraße 91.

40 000 Schallplatten, 25 Zentimeter, Stück 0,95 M. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Radio

Anoden, Sechziger 3.—, Neunziger 4,40, Hunderter 4,90. Sparröhren 2,50. Apparate Teilzahlung. Schönleinstraße 2, Filiale Dresdenerstraße 118.

Fahrräder

300 gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Riesenauswahl. Schleuderpreise, alle Sorten. Motorradhaus, Schönhauser-Allee 40a.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Lötzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20 (Haltestelle Adalbertstraße).

Unterricht

Schnellfördernde Privatzirkel, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchhaltung, Bücherrevisor Rutsch, Sendelstraße 1, Spittelmarkt.

Arbeitsmarkt

Kartoffelfahrer

gesucht. Nur solche mit Kundschaft. Hoher Lohn. Burgemeister, Scharnhorststr. 10, 2. Hof Quergebäude links 1 Treppe.

Kupferschmiedemeister für Apparatebau

in Berlin-Britz sofort gesucht. Nur erstklassige Bewerber aus d. Großindustrie, mit guter Fachschulbildung und besten Zeugnissen und Referenzen, an präzises Arbeiten gewöhnt, wollen sich ausführlich bewerben unter R. 25 Hauptexp. d. „Vorwärts"

Tragödie eines Vaters.

Die Tochter von einem Arzt verführt.

Auf der Anklagebank ein unglücklicher Vater. Ihm gegenüber der Kläger, Akademiker und Arzt. Er ist beleidigt. Der Vater hatte ihn „Wüstling" und „Schuft" genannt, hatte erklärt, die Tochter habe unter seinem hypnotischen Einfluß gestanden, hatte ihm zugeschrien: „Jetzt kann er ja leben, dieser Lump, er hat mein Mädel mit 18 Jahren verführt, jetzt hat er es unter die Erde gebracht!" hatte gedroht, ihn unmöglich zu machen.

Im Juli 1927 lernte der Arzt in seiner Sprechstunde die Achtzehnjährige kennen. Am 11. November 1928 vergiftete sie sich mit Strychnin, das sie dem Bibliotheksschrank des Arztes entnommen hatte. Wohl hatte er versucht, das Gift zurückzubekommen; er hat es dem Mädchen aber schließlich doch gelassen, obgleich sie einmal in seiner Gegenwart ins Wasser gesprungen war und ein anderes Mal mit Selbstmord gedroht hatte. — Als der Vater von dem Verhältnis des 15 Jahre älteren verheirateten Arztes mit seiner Tochter erfuhr, bat er den Mann, von dem Mädchen zu lassen. Der Arzt erklärte, er könne nicht von dem Mädchen lassen, könne nicht ohne sie leben, sei aber aus finanziellen Gründen außerstande, sich von seiner Frau scheiden zu lassen. Es sei doch nichts dabei, wenn sie miteinander leben würden. Der Vater verbot dem Arzt das Haus. Dieser aber mietete das junge Mädchen in einer Pension in der Augsburger Straße ein. Die Eltern waren drei Wochen von ihrer Tochter ohne Nachricht. Der Arzt nahm das Mädchen aus seiner Stellung und erwarb für sie einen Modesalon. Da er eine Rate nicht bezahlte, fiel das Geschäft wieder dem Eigentümer zu. Das Mädchen kehrte ins Elternhaus zurück, versprach, das Verhältnis zu lösen, konnte aber von dem Arzt nicht lassen.

Die guten Beziehungen der Tochter zu den Eltern gingen in die Brüche. Das Verhältnis zu ihrem Geliebten wurde schwankend, sein Einfluß auf sie unheilvoll. „Aber Du," schrieb dieser Arzt ihr, „Du mußt doch auch kein Herrenmensch sein, wenn Du lieber für 80 Mark Deine Zeit und Deine Kraft, den einzigen wahren Besitz, den wir haben, der Körper und Seele zugleich ist, an den Juden verkaufen und verschleudern möchtest." In Wirklichkeit verdiente sie aber auf ihrer neuen Stelle 218 Mark monatlich. Als aber der Arzt die 15 Jahre Jüngere veranlaßte, fast eine Woche lang unter einem Vorwand ihre Stellung zu vernachlässigen und sie krank schrieb, kam die Entlassung; im Geschäft wußte man, daß es der Geliebte war, der als Arzt die Krankheit bescheinigt hatte.

Am 10. November erhielt das junge Mädchen die Kündigung. Den Abend des 11. November verbrachte es bis 11 Uhr zusammen mit dem Geliebten. Um ½12 Uhr nahm es im Hause der Eltern Strychnin. In ewigem Hader mit sich selbst, in dem Zermürfnis mit den Eltern, zu dem nun noch die Kündigung hinzugekommen war, hatte das bedauernswerte junge Mädchen den Kopf verloren. Als der Arzt einige Tage später durch eine Kollegin der Verstorbenen nach dem Ring fragte, den er seiner Geliebten geschenkt hatte, nannte der Vater ihn einen Lumpen. Und als der Vater den Verführer der Tochter frisch und gesund in ein Auto steigen sah, erinnerte er sich seines Ausspruches, daß er ohne seine Geliebte nicht leben könnte und rief ihm zu: „Jetzt kann er ja leben, jetzt hat er das Mädel unter die Erde gebracht."

Das ärztliche Ehrengericht sprach diesen Arzt frei. Der Staatsanwalt stellte das Verfahren wegen fahrlässiger Tötung ein. Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg verurteilte den unglücklichen Vater wegen Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe. Als der Arzt am Todestage seiner Geliebten den Eltern Blumen schickte, brachte der Vater sie ihm wieder und sagte zu dem Hausmädchen: „Geben Sie dem Mörder meiner Tochter die Blumen zurück!" War denn der Arzt schließlich nicht für den Tod des jungen Mädchens verantwortlich? Hatte nicht er das Mädchen veranlaßt, die Arbeit zu vernachlässigen und die gut bezahlte Stellung aufzugeben? Hatte nicht er der Geliebten das Gift gelassen, mit dem sie sich das Leben nahm? Für ihn war das kleine Lehrmädchen wohl letzten Endes nicht mehr als ein Spielzeug der Lust — mag er auch geglaubt haben, sie ernsthaft zu lieben. Das hatte der Vater erkannt. Er hat seine Tochter nicht mehr retten können. Nun schrie er dem, der das Mädchen, die Freude und den Stolz seines Alters verführt hatte, seinen Schmerz und seine Empörung ins Gesicht. Und wurde dafür bestraft!

Schalldach suspendiert.

Er soll falsche Bescheinigungen ausgestellt haben.

Der Oberpräsident hat durch Beschluß vom 23. November 1929 gegen den Obermagistratsrat Otto Schalldach, der der Deutschen Volkspartei angehört, die Einleitung eines Disziplinarverfahrens und die Amtssuspension verfügt.

Zu diesem Beschluß des Oberpräsidenten meldet die B. S.-Korrespondenz: Wie wir erfahren, wird Schalldach, der als volksparteilicher Stadtverordneter dem Stadtparlament angehört, vorgeworfen, **daß er falsche Bescheinigungen ausgestellt habe**, denen zufolge die Gebrüder Sklarek größere Ansprüche, als tatsächlich zu Recht bestanden, an das Berliner Anschaffungsamt zu machen hätten. Der Angeschuldigte wurde zu diesem Punkte bereits in der vorigen Woche von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißenberg gehört und soll dabei die Tatsache, daß er zum mindesten einmal eine derartige unrichtige Bescheinigung ausgestellt habe, nicht abgestritten haben. Schalldach hatte aber betont, daß die Ausstellung dieser schriftlichen Bestätigung von vermeintlichen Ansprüchen an das Anschaffungsamt zuerst durch den Aufsichtsratsvorsitzenden dieser Gesellschaft, nämlich den Stadtrat Gaebel, erfolgt sei, obwohl dieser hierzu gar nicht berechtigt gewesen sei. Die Gebrüder Sklarek hätten nun mit der von Gaebel unterzeichneten Bescheinigung bei der Ostbank die Gewährung eines Kredites beantragt, doch habe die genannte Bank, die sich offenbar über die entsprechende Zuständigkeit der leitenden Beamten näher erkundigt hatte, die alleinige Unterschrift des kommunistischen Stadtrats bemängelt und auf Grund der Vorschriften Gegenzeichnung eines Vorstandsmitgliedes verlangt. Um Stadtrat Gaebel zu decken, will Schalldach seinen Namen ebenfalls unter die betreffende Bescheinigung gesetzt haben.

Der Tod der drei Zahnärzte.

Als Leichen aus dem Rhein geborgen.

In der Rheinprovinz, die durch die noch immer unaufgeklärten Düsseldorfer Mordtaten aufs äußerste beunruhigt und erregt ist, hatte das geheimnisvolle spurlose Verschwinden dreier Zahnärzte aus Koblenz neue Erregung hervorgerufen. Nunmehr wurden, wie aus Mainz gemeldet wird, bei Frei-Weinheim unweit der Landungsstelle der Köln-Düsseldorfer Schiffahrt die Leichen der drei vermißten Koblenzer Zahnärzte aus dem Rhein geborgen.

Zur Auffindung der Leichen der vermißten drei Zahnärzte werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Das systematische Absuchen des Rheins nach dem Kraftwagen mit den seit einigen Tagen vermißten Koblenzer Zahnärzten Dr. Salomon und Dr. Karl Meyer, sowie der Zahnärztin Dr. Elfriede Heinzmann hatte am Dienstag Erfolg. Zwei Schiffer, die zwischen ihren Motorbooten Ketten gespannt hatten, die sie im Wasser treiben ließen, fuhren die Rheinstrecke zwischen Mainz und Bingen ab. Am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr blieben sie mit der Kette an einem Hindernis im Fluß hängen. Es stellte sich heraus, daß es sich um den Kraftwagen mit den Vermißten handelte. Der Wagen lag tief im Schlamm und war von Steinen und Geröll umgeben. Die Insassen lagen völlig zusammengekauert im Wageninneren. Sie haben, wie aus einer Besichtigung des Kraftwagens hervorgeht, äußerste Anstrengungen gemacht, um aus dem Wageninneren zu entkommen. In ihren Händen hatten sie noch die Werkzeuge, mit denen sie arbeiteten.

Der Feuerkampf mit den Ausbrechern.

Wichert ist der Erschossene.

Zu dem Feuerkampf zwischen dem Oberlandjäger und Förster und den Räubern aus Bockum teilen wir ergänzend noch folgendes mit: Unsere im „Abend" bereits ausgesprochene Vermutung, daß es sich bei dem im Kampfe Erschossenen um den Helfershelfer Heinrich Wichert handelt, wird jetzt bestätigt. Er ist an den Folgen eines schweren Bauchschusses gestorben.

Mit einem Kniesteckschuß brach Georg Garde zusammen, während der dritte, Liesegang, unverletzt blieb und sich freiwillig ergab. Bei jedem der Räuber fand man zwei Parabellumpistolen, sie hatten sich bis auf die letzte Patrone verschossen. Die Vernehmungen sind sehr schwierig, weil sowohl Garde wie Liesegang jede Auskunft verweigern. Sie müssen zum Aeußersten entschlossen gewesen sein, denn der Feuerkampf mit den Verfolgern dauerte eine ganze Stunde.

Das Ende einer Flugzeug-Trauung.

Wenn wildgewordene Amerikaner Hochzeit machen.

Roosevelt Field (Long Island), 26. November.

In einem Flugzeug, das in einer Höhe von 800 Metern mit einer Geschwindigkeit von 175 Stundenkilometern dahinflog, fand gestern eine Trauung statt, die mit dem Fallschirmabsprung des Brautpaares und der 12 Hochzeitsgäste ihren Abschluß finden sollte. Die junge Frau, die zuerst absprang, konnte den Fallschirm nicht rechtzeitig aufreißen und stürzte aus einer Höhe von 300 Metern tödlich ab. Auch bei dem Bräutigam mißglückte der Absprung, so daß er tot liegen blieb. Nachdem der nächste, der absprang, beinahe in einen Zementmischer gefallen wäre, verzichteten die übrigen Hochzeitsgäste auf den Absprung.

Die Düsseldorfer Morduntersuchung.

Düsseldorf, 26. November.

Wie die Pressestelle des Polizeipräsidiums mitteilt, lassen sich die in der Mordaffäre gegen Stelzer erhobenen Verdachtsgründe nicht aufrechterhalten. Stelzer, der als Täter für die Düsseldorfer Morde also nicht mehr in Betracht kommt, wurde der Mettmanner Polizeiverwaltung überwiesen, die ihn durch den Kreisarzt untersuchen ließ. Dieser ordnete die Ueberführung Stelzers in eine Heilanstalt an, wo er auf seinen Geisteszustand beobachtet werden soll.

Glückwünsche des Magistrats. Bürgermeister Scholtz übermittelte am Montag dem Sozialhygieniker der Berliner Universität, Professor Dr. Alfred Grotjahn, zu seinem 60. Geburtstage die Glückwünsche des Magistrats. Am Dienstag übersandte Bürgermeister Scholtz dem Reichsrundfunkkommissar Staatssekretär a. D. Dr.-Ing. e. h. Hans Bredow zum 50. Geburtstage ein Glückwunschtelegramm.

Damals

Roman von Iwan Heilbut

6]

„Aber du sagtest, du liebst ihn!"

„Ja, ich weiß nicht, ja .. nein .." Sie war hilflos nervös. „Ich kann das nicht tun, nein, das kann ich nicht, nein .."

„Was sagt denn die innere Stimme in dir?"

„Du quälst mich, Mutter, du quälst mich so. Ich möchte zu ihm, und es hält mich zurück. Eine Stimme ruft: ja; die andere: nein."

„Und du traust unüberlegt, ohne Zeit zum Bedenken, einer Einflüsterung, der du selbst widersprichst? Das ist das alte Vorurteil, ein alter Aberglaube, Kind. Nimm dir Zeit zum Bedenken."

„Ich weiß nicht, ich weiß nicht, und wenn es so wäre," stieß Irene gereizt hervor, „das Vorurteil und den Aberglauben habt ihr alle vor kurzem noch mit mir geteilt. Oder nicht? — Ich frage mich nun seit Tagen und Nächten, was ich will und soll. Ich denke an Vater, an Hohenau, ich denke an uns und dann denke ich wieder an mich, nur an mich, an mich selbst. Mitunter meine ich, es wäre alles im reinen, und mir ist glücklich und leicht, mein Herz klopft vor Freude. Und dann — dann muß ich plötzlich erschrecken, vor mir selber erschrecken — dann schäme ich mich. — Und dann wieder —"

Sie brach ab. Ihr Kopf beugte sich tiefer, sie saß auf dem Bettrand, die Hände näherten sich dem Gesicht. Sie begann wie ein Kind hell und krampfhaft zu weinen.

Da fühlte die Gräfin sich wieder als Mutter, die handelt ohne zu fragen. Sie verließ leise das Zimmer, um mit dem Grafen zu sprechen, der sorgenvoll vor dem Schreibtisch saß. Und so wie ein Maler die Landschaft von einem bestimmten Punkt aus darstellt, nämlich von dem, den er für den günstigsten hält, so zeigte sie ihm den inneren Zustand der Tochter in solcher Ansicht, daß der Graf sich entschloß, die zerrissene Verbindung noch einmal aufzunehmen. Noch hatte die Zeit die Teile so weit nicht entfernt, daß es schwer fallen sollte, sie noch einmal einander sich nähern zu lassen.

3.

Dem Lehrer Tannenbaum widerfuhr großes Glück: Als er länger als ein Jahr im Kriege gewesen war, wurde es ihm plötzlich bunt vor den Augen, und dann geschah es, daß er da lag und alles ihm gleich war. Aber nicht das war sein großes Glück. Nein, erst als er die Fahrt im Transportzug hinter sich hatte und einige Zeit schon im städtischen Irrenhause der kleinen Stadt, in der er Lehrer gewesen war, lag, erfuhr er, auf welche vielgestaltige Weise das Leben die Menschen durch Unglück glücklich macht. Esther Rubin war Pflegerin an dem in ein Lazarett für Soldaten umgewandelten Irrenhaus. Sie war dem Beispiel ihrer Freundin Christine gefolgt, deren Tante inzwischen gestorben war. Nach beendetem Dienst saßen sie oft beieinander, in jener Eintracht, die dem Lehrer Tannenbaum von jeher mißfallen hatte, weil sie Esthers Ohren in Anspruch nahm und seinen Worten entzog. Mitunter auch, wenn eine von beiden Nachtwache hatte, lösten sie einander ab. Und sie taten gern ihren Dienst.

Subjektiv war das Glück des Soldaten Tannenbaum vollkommen. Aber die Leute wußten ihn nur zu bedauern. Dabei hatte er nichts Auffälliges als die Idee, er wäre ein General, der „General von Lothringen" nämlich. Er strich sich den Schnurrbart und meinte, als General dürfe er sich wohl nun die Freiheit nehmen, um Esther Rubin ganz offen zu werben. Sie behandelte ihn mit unbeirrbarer Milde, sie nickte ihm zu. „Ja?" rief er, „ja!" und nannte sie von nun an „meine Frau".

Es kamen immer mehr kranke Soldaten in Lazarettzügen zurück, und die Pflegerinnen hatten zu tun. Esthers Schwester, Magda Rubin, war nach Berlin gefahren, es war nicht so schwer, dort in Stellung zu kommen. Sie wollte eigentlich nur von Hause fort, und der Anlaß war der: Ein in der kleinen Stadt als ein wohlanständiger Bürger bekannter jüdischer Fischhändler hatte um ihre Hand gebeten. Die Eltern Rubin sagten von Herzen „Ja", und auch Magda war gar nicht abgeneigt, obgleich der Fischhändler ein Witwer war und die Vierzig schon überschritten hatte. Sie dachte vielleicht an die Geschichte vom Fischreiher, der so stolz war, daß für ihn nur die Gründlinge übrig blieben; so wollte sie es sich wohl nicht ergehen lassen. Aber an einem Sonnabend bemerkte sie an dem Fischhändler, was sie vorher noch nie beobachtet hatte: Ihm wuchsen aus den Ohren Haare heraus. Als der Fischhändler am Montag wiederkam, waren sie zwar verschwunden — denn er pflegte sie regelmäßig am Sonntag zu schneiden —, aber der Eindruck, den Magda von ihrem Verlobten empfangen hatte, genügte fürs Leben. So sagte sie jedenfalls. Die Poesie sei dahin. Ob vielleicht der Fischhändler ihr nur eben nicht fein genug, oder ob sonst irgendein Grund noch vorhanden war, konnte niemand von ihr mehr erfahren, denn kurze Zeit später reiste sie ab, nach Berlin.

Da packte die stille Rosine zu, von der alle Leute die Meinung hatten, sie bekäme im Leben nie einen Mann. Und auch dem Fischhändler war so am besten geholfen. Der Vater Rubin erinnerte ihn an die Ehe Jakobs mit Rahel und Lea, von der er behauptete, sie wäre ein ähnlicher Fall gewesen. Das war nicht einmal ein treffendes Beispiel! Aber der Fischhändler — ob er es nun nicht besser wußte oder nur nicht besser wissen wollte — sagte: gut, und gab sich mit Rosine zufrieden.

Dann fuhr auch Esther, im Winter, als Pflegerin nach Berlin; und nun war es der „General von Lothringen", den das Leid, aber ungleich tiefer als den Fischhändler, traf. Als er sie wieder eines Morgens nicht mehr sah noch fand, verlangte und rief er unaufhörlich nach ihr. Man sagte ihm, sie wäre krank; so wollte er an ihr Bett — sie wäre seine Frau, ob man das etwa nicht wüßte. Der General von Lothringen, ach, wie wütete er und niemand wollte begreifen, wer er war. Höchstens Christine, der gleichfalls die Trennung von Esther zu Herzen ging, gab ihm manchmal, in ihrem barschen Tonfall zur Antwort, daß Esther weit fort sei und wohl erst mit dem Ende des Krieges zurückkehren würde. „Oh, der Krieg, der Krieg!" rief der General.

Die Verwaltersleute vom nahen Hohenau, die nicht selten in die kleine Stadt hinüberkamen, hatten der scheidenden Esther Bestellungen für den Grafen und die Gräfin, die für den Winter gewohnheitsgemäß wieder nach Berlin gereist waren, mitgegeben. Sie suchte in der Hauptstadt zunächst ihre Schwester auf, die über die Männerleere in den großen großen Lokalen klagte. Dann trat Esther ihre Stellung im Lazarett an. Sie erhielt eine neue kleidsame Tracht, und in der ersten Freizeit, die sich ihr bot, fuhr sie in den Stadtteil, wo Graf von Küster wohnte, um sich ihres Auftrages zu entledigen. Es war dasselbe Haus, in dem Albert de Castro jene Unterredung mit Irene gehabt hatte, die wie ein letztes trennendes Wort erschienen war, ohne es am Ende zu sein. Das nächste Gespräch hatte sie endgültig vereint. Irene de Castro lebte noch bei ihren Eltern, um dort das Ende des Krieges abzuwarten. Von Zeit zu Zeit besuchte der Bankier de Castro die Familie, und sie entwickelten im Gespräch Gedanken, um Albert — der sich im Kriege befand und gewöhnlich im Abstand von wenigen Tagen Briefe sandte —, bei seiner Rückkehr mit reifen Plänen zu überraschen.

(Fortsetzung folgt.)

Lampels Klage abgewiesen.

Warum „Giftgas über Berlin" verboten wurde.

Der Bezirksausschuß Berlin hat am Dienstag nachmittag nach längerer Beratung die Klage Peter Lampels gegen den Polizeipräsidenten bezüglich der Aufhebung des Verbots von „Giftgas über Berlin" abgewiesen. Der Wert der Verwaltungsstreitsache wurde auf 5000 Mark beziffert. Die Gründe dieses Urteils ergehen schriftlich. Wie wir hören, werden die Vertreter Lampels, die Rechtsanwälte Neumond und Flato, nach Vorliegen der schriftlichen Urteilsgründe Revision beim Oberverwaltungsgericht anmelden.

Die Verhandlung vor dem Bezirksausschuß zog sich sehr in die Länge, da die Plädoyers beider Parteien sehr ausführlich waren. Nachdem Rechtsanwalt Dr. Neumond für die Aufhebung des Verbots eingetreten war, wandte sich auch Rechtsanwalt Flato gegen die Maßnahme des Polizeipräsidenten und betonte, daß der Prozeß nicht um Lampel, sondern um die Freiheit der Kunst geführt werde, die durch das Verbot bedroht werde. Es gehe nicht an, daß man sich mit der Reichsverfassung in dem Kopfkissen schlafen lege und daß inzwischen die Behörden ein Gesetz von Anno Tobak 1793 hervorholten, um so die Zensur wieder einzuführen. Das Verbot des Polizeipräsidenten sei keine sicherheitspolizeiliche Maßnahme zum Schutze des Publikums, sondern reine Zensur. Der Vertreter Lampels berief sich auf Heinrich Mann, auf Alfred Döblin und Bert Brecht zum Beweise dafür, daß das Stück ungefährlich sei. Dr. Flato warf die Frage auf, ob nicht etwa der Oberreichsanwalt oder die Reichswehr das Verbot veranlaßt hätten.

Oberregierungsrat Dr. Adriani trat diesen Ausführungen als Vertreter des Polizeipräsidenten in längeren Ausführungen entgegen. Er wandte sich zunächst gegen die Behauptung, daß lediglich die Schriftsteller und Künstler, Vertreter der Geistlichkeit, die Beamten aber, die den Staat, also eine geistige Gesamtpersönlichkeit vertrüten, als Trottel bezeichnet würden. Der Künstler müsse ebenso wie an den Freiheiten des Staates an dessen Pflichten teilnehmen. Es gehe auch nicht an, daß das Gebiet der Kunst für den Staat „Tabu" sei, denn für den Staat seien nicht ästhetische, sondern staatspolitische Gründe maßgebend. Nur der Anarchist, der den Staat überhaupt verneine, habe das Recht, die These von der unbedingten Freiheit der Kunst zu vertreten. Wenn der Schriftsteller die Absicht habe, politisch zu wirken, und die Kunst politisches Kampfmittel werde, so müsse der Staat auch die Möglichkeit haben, gegen diesen Gegner vorgehen zu können. Dr. Adriani wandte sich ferner gegen den Vorwurf, daß die Bestimmungen des Landrechts reaktionär oder veraltet seien. Ebensowenig wie man den alten römischen Begriff des Eigentums als veraltet bezeichnen könne, sei dies bei der Bestimmung des Landrechts die Frage, das in klassischer Weise dem früher verschwommenen Aufgabenkreis der Polizei eine scharf umrissene Formel gegeben habe. Die in der Reichsverfassung garantierte Meinungsäußerung müsse aber innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze liegen, und ein solches Gesetz sei auch das allgemeine Landrecht. Aus einer Reihe von Kritiken führte er den Nachweis, daß es zu Störungen bei der Aufführung gekommen sei. Das ganze Stück sei an die Adresse des Staates gerichtet mit der Tendenz, den Bestand des Staates zu erschüttern, so daß das Verbot aus Gründen der Sicherheit und Ordnung erfolgen mußte.

Der Bezirksausschuß kam dann zu der anfangs wiedergegebenen Entscheidung.

Im Zeichen der Not.

Ein Kabelschacht muß als Nachtquartier dienen.

Einen eigenartigen Fund machten am Dienstag vormittag Kabelarbeiter des Telegraphenbauamtes in der Gitschiner Straße.

Die großen Fernsprechkabel liegen bekanntlich unter dem Bürgersteig und sind für Ausbesserungen zugänglich durch einen Einstieg, der oben mit einer Steinplatte mit Hebering verschlossen ist. Der Schacht, in dem die Kabel liegen, hat eine beträchtliche Höhe und eine Breite von 70 bis 80 Zentimetern, er muß ja mitunter einem Mann genügend Bewegungsraum bieten. Als nun am Dienstag die Arbeiter die Platte emporgehoben hatten und in den Schacht hinabsteigen wollten, **sahen sie dort eine Matratze liegen, außerdem Holzwolle und Sägespäne.** Zunächst glaubten die Arbeiter, auf eine Diebeshöhle gestoßen zu sein und benachrichtigten die Polizei des 106. Reviers. Nachforschungen ergaben aber, daß kein gestohlenes Gut in dem Schacht verborgen war. **Man fand nur ein Arbeitsbuch auf den Namen eines W. U., der am 6. August 1910 geboren ist.** Vermutlich hat der bedauernswerte junge Mensch kein anderes Unterkommen gefunden und sich in dem Schacht einen Schlafplatz zurechtgemacht. Natürlich konnte er nicht jedesmal, wenn er einstieg, die Platte auf dem Bürgersteig emporheben, das hätte in der belebten Gegend Aufsehen erregt. Als die Polizeibeamten weitersuchten, stellten sie fest, daß von der nahe gelegenen Brücke aus **ein zweiter Zugang zu dem Schacht vorhanden ist.** Vom Elisabethufer her brauchte der Mann, der in dem Schacht schlief, nur über den Brückenvorsprung zu klettern und konnte von dort aus den Eingang des Schachtes ohne Mühe erreichen.

Wie wir erfahren, bemüht man sich eifrig, den Eigentümer des Arbeitsbuches ausfindig zu machen. Wir wollen hoffen, daß dem jungen Mann die Entdeckung seines Nachtlagers zu einer, wenn auch bescheidenen, so doch wenigstens menschenwürdigen Behausung verhelfen wird. Es wird die Aufgabe aller in Frage kommenden Stellen sein müssen, den mitten in der Weltstadt entdeckten Höhlenbewohner nach bestem Können hilfreich zur Seite zu stehen.

Englischer Dampfer gestrandet.

London, 26. November.

Der Dampfer „Molesey" ist an der Küste der Grafschaft Pembroke gestrandet und vom Sturm fast vollständig zertrümmert worden. Der Kapitän und 28 Ueberlebende sind gerettet worden, während 7 Mann der Besatzung und die Frau des ersten Offiziers vermißt werden. Man befürchtet, daß sie von den Wellen über Bord gespült worden sind. Der Dampfer selber dürfte völlig verloren sein.

Hinrichtung eines Vaters von zehn Kindern.

In Liverpool wurde am Dienstag früh John Francis Maguire, ein Straßenhändler wegen Mordes an seiner Gattin hingerichtet. Der Verurteilte ist Vater von zehn unversorgten Kindern. Vor den Gerichtstoren, wo sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte, spielten sich zur Stunde der Hinrichtung überaus bewegte Szenen ab. Hunderte von Männern und Frauen brachen in hysterisches Weinen aus und knieten Punkt 8 Uhr, dem Augenblick der Hinrichtung, auf der Straße nieder. Der Hingerichtete hat an seine Kinder einen Brief hinterlassen, in dem er seine Todesbereitschaft betont.

Der Kampf um das „Laubenland".

Immer mächtiger wächst die Riesenstadt Berlin, immer notwendiger wird eine erhöhte Bautätigkeit. Den kleinen Laubenbesitzern der verschiedensten Stadtgegenden wird dieses Wachstum oft zur Qual, sie müssen das ihnen lieb gewordene und mit vieler Mühe „kolonisierte" Laubenland verlassen. Die Siedler solchen Geländes wenden sich daher oft rat- und hilfesuchend an die Oeffentlichkeit. Man kann es ja so sehr gut verstehen, wie unendlich schwer es den Menschen wird, ihr Stückchen „Land" wieder zu verlassen. Es ist erfreulicherweise das eifrigste Bemühen der Stadtverwaltung, an der Großstadtperipherie im größtmöglichsten Maße Dauergärten zu schaffen. Gerade die Sozialdemokratie wird sich stets dafür einsetzen, den Laubenbesitzern, die dem unaufhaltsamen Wachsen und der notwendigen Bautätigkeit der Weltstadt weichen müssen, eine Entschädigung zu sichern oder ihnen Ersatzland zu beschaffen.

Novemberfest der Lithographen.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen und Steindrucker veranstaltet schon seit mehreren Jahren jedesmal im Revolutionsmonat im Zoo ein „Novemberfest", dessen Ueberschuß immer zur Weihnachtsunterstützung der erwerbslosen Verbandsmitglieder verwendet wird. Die freigewerkschaftlich organisierten Gehilfen des Berliner Steindruck- und verwandten Gewerbes hielten ihr diesjähriges Fest in den Gesamträumen des Zoo ab. Die Tanz- und Unterhaltungsmusik wurde von bekannten Berliner Rundfunkkapellen, einer Balalaikakapelle und einer Kapelle des Deutschen Musikerverbandes bestritten. Die Musikpausen wurden ausgefüllt durch Darbietungen namhafter Kabarett- und Varietékünstler. Ungefähr 7000 Lithographen und Steindrucker mit ihren Angehörigen und Bekannten zeigten jedenfalls auch im ungezwungenen Zusammensein, daß in ihrer Gewerkschaft ebenso Sinn vorhanden ist für die frohe Seite des Lebens, wie für den ernsten Existenzkampf der Arbeiterschaft.

Keine Sperrung der Kredite für die Bauausstellung. Nach Mitteilung des Städtischen Nachrichtenamtes trifft die Meldung von einer angeblichen Sperrung der Kredite für die Bauausstellung durch den Magistrat der Stadt Berlin nicht zu.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Wegen der allgemeinen Funktionärversammlung fällt die Uebungsstunde am Donnerstag, dem 28. November, aus. Nächste Uebungsstunde Donnerstag, 5. Dezember.

Funkwinkel.

Der Bariton Oskar Jölli singt Lieder von Wolf und Loewe. Die Stimme klingt etwas flach, verfügt aber über ein schönes, zart verhauchendes Piano. Jölli muß sich also auf den Vortrag lyrischer Lieder beschränken. Der „Edward", die Vertonung des Herderschen Gedichtes, gelingt ihm nicht. Hierzu fehlt ihm der dramatische Ausdruck. Professor Dr. Hans Reichenbach spricht über den geometrischen Raum innerhalb eines Zyklus, der das moderne physikalische Weltbild dem Laien näherbringen soll. Trotzdem sich Reichenbach bemüht, seine Ausführungen so populär wie möglich zu halten, kann er kaum das Ideal seines tatsächlich volkstümlichen Vortrages verwirklichen, was weniger seine Schuld ist als die des Stoffes, der vom Hörer unbedingt gewisse mathematische und physikalische Voraussetzungen verlangt. Vielleicht ist es überhaupt unmöglich, diese Gebiete in so knappen Zügen allgemein verständlich abzuhandeln. Es bleibt immer ein unlösbarer Rest. Reichstagsabgeordneter Daniel Stücklen, der neuernannte Kommissar für die aus Rußland ausgewanderten deutschen Bauern, charakterisiert im Rahmen des Interviews der Woche Lage, Herkommen und Zukunft der Ausgewanderten. Abends spielt die Kapelle Dajos Bela Tänze aus neuerer und älterer Zeit und Lieder mehr oder minder lustig oder sentimental. Immer schmelzende Kantilenen, immer Wohlklang, immer kultiviertes Musizieren. Ein anspruchsloses und unterhaltendes Konzert.

F. Sch.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

1. **Kreis Mitte.** Die Revisoren der Abteilungen 1 bis 7 treffen sich zur Wahlkontrolle bei der Funktionärversammlung am Donnerstag, dem 28. November, um 18½ Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseestr. 110.
4. **Kreis Prenzlauer Berg. Freie Schulgemeinde.** Donnerstag, 28. November, 20 Uhr, Danziger Str. 28, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Rektor Heinrich Mädc über „Sammelklassen oder Sammelschulen". Diskussion. Bericht vom Bezirkstag Groß-Berlin. Verschiedenes.
15. **Kreis Treptow.** Die Kreismitgliederversammlung findet nicht am 5. Dezember, sondern am Donnerstag, dem 5. Dezember, statt. Handzettel sind am Freitag vom Genossen Salowski, Niederschöneweide, Berliner Str. 8, abzuholen.

Heute, Mittwoch, 27. November:

33. **Abt.** Die Bezirksführer rechnen die Sammellisten der Stadtverordnetenwahl heute abend in der Mitgliederversammlung mit dem Kassierer ab.
35. **Abt. Charlottenburg. 8. Gruppe.** 20 Uhr Zahlabend bei Schuk, Wallstr. 90. Vortrag: „Berliner Humor und Klassenkampf". Ref.: Hanns H. Kamm.
98. **Abt. Neukölln.** 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Schmidt, Knesebeckstr. 87. Vortrag: „Nach den Wahlen". Referent: Kurt Kiekmann.
119. **Abt. Lichtenberg.** 20 Uhr Gruppenzahlabend bei Depp, Roederstraße. Thema: „Politische Gegner, politischer Kampf". Referent: Dr. Herbert.

Morgen, Donnerstag, 28. November:

126. **Abt. Reinickendorf-Ost.** Die Vorstandssitzung fällt wegen der allgemeinen Funktionärversammlung aus. Die Einäscherung unserer verstorbenen Genossin Lorenz findet heute, Mittwoch, 27. November, 17 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Sonnabend, 30. November:

160. **Abt. Oberschöneweide.** 19 Uhr bei Sachs, Schillerslocke, Schillerpromenade 2, Funktionärsitzung.

Frauenveranstaltungen.

25., 26. und 27. **Abt.** Donnerstag, 28. November, Besichtigung der Konsumgenossenschaft Lichtenberg im Betrieb. Treffpunkt 9½ Uhr im Verwaltungsgebäude in der Ritterstraße.

62. **Abt. Siemensstadt.** Der heutige Frauenabend findet im Lokal Mariend. Leibekrug statt. Referat der Genossin Irma Fechenbach: „Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung".

122. **Abt. Biesdorf.** Der für Mittwoch, 27. November, vorgesehene Frauenabend fällt aus. Näheres wird noch mitgeteilt.

Jungsozialisten.

Gruppe Baumschulenweg. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, im Jugendheim Ernststr. 16, Jahresmitgliederversammlung. SAJ.-Genossen sind willkommen.

Gruppe Neukölln. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, im Jugendheim Treptower Straße 16–66. Vortrag: „Kameradschaft der Geschlechter". Referentin: Judith Grünfeld.

Gruppe Mitte. Donnerstag, 28. November. Diskussionsabend. Erscheinen aller Genossen ist erforderlich.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

34. **Abt.** Am Freitag, dem 22. November, verstarb plötzlich kurz vor seiner goldenen Hochzeit unser Genosse Albert König, Hofemannstr. 8. Ehre seinem Andenken. Einäscherung am Donnerstag, dem 28. November, 12½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Um rege Beteiligung bittet die Abteilungsleitung.

72. **Abt.** Am 25. November verstarb nach schwerem Leiden unser altbewährter Genosse, der Bezirksverordnete Gottlieb Hey, Augustastr. 21. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 28. November, 16½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. Es wird um rege Beteiligung gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Zusammenkunft aller Teilnehmer an den Funktionärschulungskursen am Sonnabend, dem 30. November, pünktlich 19 Uhr, im Schulungssaal des Jugendamts Kreuzberg, Fordstr. 11. Genosse Erich Ollenhauer spricht über „Die Organisation der arbeitenden Jugend". Jede Abteilung entsendet drei Delegierte.

Karten zur Volksbühnenvorstellung „Frühlings Erwachen" von Wedekind (gespielt am Sonntag, dem 15. Dezember, 13 Uhr), sind im Sekretariat erhältlich.

Heute, Mittwoch, 27. November, 19½ Uhr:

Arkonaplatz: Schule Elisabethkirchstr. 12. Vortrag: „Flegeljahre". — **Moabit** (N.-F.): Heim Lehrter Str. 18–19. Vortrag: „Alt-Berliner Humor". — **Westen I** (N.-F.): Heim Bülowstr. 98. Vortrag: „Sozialisten in der Monarchie". — **Gesundbrunnen II:** Schule Christianiastr. 28. Vortrag: „Interessantes aus der Tierwelt". — **Wedding:** Heim Turiner Ecke Seestraße. Vortrag: „Wir und wir". — **Hohenschönhausen:** Schule Dingelstedter Straße. Heinz-Barthel-Abend. — **Andreasplatz:** Heim Grüner Weg 1. Vortrag: „Die Französische Revolution". — **Frankfurter Viertel:** Heim Frankfurter Allee 207, Hof III. Tagespolitik. — **Petersburger Viertel:** Heim Tilsiter Str. 4. Vortrag: „Sexuelle Fragen". — **Reichenberger Viertel:** Heim Britzer Str. 27–28. Vortrag: „Moderne Kriegsliteratur". — **Charlottenburg-Nord:** Heim Olbersstraße. Vortrag: „Wege zum Sozialismus". — **Spandau:** Heim Lindenufer 1. Vortrag: „Kameradschaft — Freundschaft — Liebe". — **Pankow:** 13. Gemeindeschule, Schulstraße. Vortrag: „Alkohol und Nikotin". — **Tempelhof:** Heim Germaniastr. 4–6. Vortrag: „SAJ. und Partei". — **Britz I und II:** Wichtige Funktionärsitzung im „Hufeisen". Erscheinen aller Funktionäre ist notwendig. — **Falkenberg:** Heim Gartenstadtstraße. „Schweiß-Abend." — **Friedrichsfelde:** Heim Guntherstr. 44. Vortrag: „Kommunalwahlen und ihre Ergebnisse". — **Karlshorst:** Gymnasium Treskowallee. Lustiger Abend. — **Neukölln:** Schule Weichselstr. 29–38. Vortrag: „Gesunde Kleidung und Körperpflege". — **Lichtenberg-Mitte:** Heim Scharnweberstr. 20. Vortrag: „SAJ. — Reichsbanner". — **Neu-Lichtenberg:** Heim Hauffstraße. Vortrag: „Unsere Sternenwelt".

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Heim Sonnenburger Str. 20. Werbebezirksvorständekonferenz. Wichtige Tagesordnung. Sämtliche Abteilungen müssen durch ihre Vorsitzenden vertreten sein.

SSG. Wedding: Schule Gotenburger Str. 2. 18 Uhr. Vortrag: „Bub und Mädel".

SSG. Neukölln: Heim Bergstr. 29. 19 Uhr. Vortrag: „Der Völkerbund und seine Aufgaben".

SSG. Pankow: Heim Kissingen- Ecke Berliner Straße. 18 Uhr. Vortrag: „Der Schüler und der 9. November".

Werbebezirk Osten: Beginn der Bildungskurse: 1. „Rechte und Pflichten des Jugendlichen im Betrieb". Heim Grünerweg 1. Referent: Gen. Häbscher. 2. „Entwicklung der Gesellschaft." Heim Tilsiter Str. 18. Referent: Genosse Keim. 3. Freitag, 29. November. „Führer der Arbeiterbewegung." Heim Frankfurter Allee 207. Referent: Genosse Lewinski.

Werbebezirk Schöneberg: Beginn des Bildungskursus „Einführung in den Sozialismus" im Heim Hauptstr. 18. Referent: Genosse Müller.

Werbebezirk Westen, Abteilung Wilmersdorf, SSG. Westen: Unser langjähriges Mitglied Paul Fiebig ist verstorben. Die Einäscherung ist heute, 17½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße. Zahlreiche Beteiligung erbeten. Treffpunkt 17¼ Uhr daselbst.

Werbebezirk Westen: Morgen, Donnerstag, im Heim Olbersstraße (Städt. Spielplatz), Funktionärkonferenz. Thema: „Sprech- und Bewegungschor". Referent: Martin Gleisner. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.

Werbebezirk Teltowkanal: Morgen Redaktionsschluß der Dezembernummer „Rotes Bauvolk". Sofortige Abgabe der Monatsprogramme. Rechnet die Novembernummer ab. Werden im Dezember mehr oder weniger Exemplare benötigt, sofort mitteilen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Wechselnd bewölkt, mit einzelnen Regenfällen, mild. — Für Deutschland: Im äußersten Osten häufigere, im übrigen Reiche nur vereinzelte Niederschläge. Temperaturen allgemein wenig verändert.

Weiße und gesunde Zähne. „Da ich schon seit Jahren meine Zähne mit Ihrem hochgeschätzten ‚Chlorodont' und Ihrer Chlorodont-Zahnbürste pflege, so will ich Ihnen meine Anerkennung für Ihre Präparate entgegenbringen, denn meine Zähne sind so weiß und gesund, daß mich meine Freunde und Bekannten darum beneiden." Gez. Karl Stein, Elversberg/Saar.

Mittwoch
27. November 1929

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

H. G. Wells: Ein Lunch mit fünf Weisen

In seinem Roman „Mr. Blettsworthy auf der Insel Rampole", dessen deutsche Uebersetzung in diesen Tagen im Paul-Aisman-Verlag, Berlin-Wien, erscheint, beschreibt H. G. Wells die Erlebnisse eines durch seltsame Abenteuer auf ein Kannibalenenland verschlagenen Europäers. Erlebnisse, die eine phantastische Parallele zu den aus gleicher Zeit sich in der großen Welt abspielenden Ereignissen bilden. Mit Erlaubnis des Verlages bringen wir den folgenden Abschnitt:

Obgleich ich durch das Zugeständnis eine häßliche Charakterveranlagung an den Tag lege, will ich bekennen, daß ich die fünf Weisen, mit denen ich essen sollte, allesamt verabscheute.

Das Speisehaus war eine runde Hütte, die sich rings um eine kreisförmige Steinplatte erhob; die Wölbung des Daches war dadurch gebildet worden, daß man die langen, biegsamen Schilfrohre, aus denen die Hütte bestand, in der Mitte zusammengebogen hatte; die Wand war mit einem Fries aus Menschenschädeln geschmückt, dem charakteristischen Merkmal aller Gebäude von Bedeutung. Durch den Umstand, daß die Steinplatte, die uns als Eßtisch diente, rund war, wurde die Frage aus der Welt geschafft, welcher der ringsum Hockenden die bedeutendste Persönlichkeit sei. Die auffallendste und dabei am wenigsten widerliche Gestalt von den fünfen war ohne Zweifel Chit, gewöhnlich „die Auslegung" oder „das Licht" genannt. Wie bereits gesagt, war er untersetzt, runzlig und buckelig und trug ein großes, zu einer Rolle zusammengedrehtes Blatt als Kopfschmuck. Er war einer der braunsten der Inselbewohner, hatte einen überaus großen Kopf und dunkle, stark glänzende Augen, die verstohlen beobachteten. Aus ihnen sprach eine auf der Insel ungewöhnliche Klugheit, eine wachsame Klugheit. Er saß jetzt, die Hände auf die Knie gelegt, auf seinen Hinterbacken und betrachtete prüfend mein Gesicht, als ich eintrat.

In seinem Verhalten zu mir lag etwas wie Eigentumsrecht, was mich reizte, obwohl ich ihm tatsächlich mein Leben verdankte. Er war derjenige gewesen, der mich als wahnsinnig erklärt und bestimmt hatte, daß der Verweis mich nicht treffen dürfe. Unter seiner Anweisung war ich zum heiligen Irren gemacht worden. Ihm oblag es, meine Absonderlichkeiten zu beobachten und auszulegen; er stellte fest, welche Omen sich aus meinem Verhalten ergaben. Gelegentlich deutete er mir an, was ich zu tun hätte. Es bestand in dieser Hinsicht ein stillschweigendes Einvernehmen zwischen uns.

Einen starken Gegensatz zu seinem aufmerksamen Gesicht bildete das unbewegliche Antlitz des Kriegers Ardam, der „die Ehre des Stammes" genannt wurde. Durch seine Nase war eine große Muschel gebohrt, Haifischzähne schmückten die Ohrläppchen, und oberhalb seiner großen, vorstehenden und glasigen Augen zeigten sich durch Schnitte und andere Mittel künstlich aufgeworfene Fleischwülste. Das Haar hatte er sich zu rotgefärbten Hörnern zusammengedreht, die Fleischwülste und geheimnisvollen Tätowierungen auf seiner nackten Brust waren zwecks größerer Auffälligkeit mit gelbem Ocker und Holzkohle umrahmt. Lange, magere Hände umschlossen die knochigen Knie, die Beine waren ordentlich und stramm verkreuzt, und in Erwartung seines Mahls saugte er geräuschvoll an den Zähnen.

Die drei kahlköpfigen Alten waren die Richter des Stammes. Der eine hatte eine riesige, plattgedrückte Nase und spiralförmige Tätowierungen auf den Wangen; der zweite sah aus, als ob eine völlig eingetrocknete Haut über einen Totenschädel gezogen worden wäre, und die Zähne hatte er sich kokett abwechselnd rot und schwarz bemalt, wie es die Frauen zu tun pflegen; der dritte, dessen Wangen ebenfalls tätowiert waren, jedoch in konzentrischen Kreisen, befand sich in einem mehr flüssigen Zustand des Verfalls, gefurcht, schien zu zerfließen. Im Alter waren ihm über das ganze Gesicht hin verstreute Haarbüschel gewachsen. Infolge meiner verspäteten Ankunft maßen mich alle drei mit feindseligen Blicken. Ich machte die vorgeschriebenen Gebärden der Begrüßung und zwang meine nur allzu zivilisierten Beine in eine hockende Stellung zur Rechten Chits.

Ardam klatschte laut in die Hände, zwei bemalte und geölte junge Mädchen erschienen und stellten eine längliche Schüssel aus Holz, die einem breiten Kanu glich, auf den Tisch, sie enthielt unser Mahl.

Wir fielen nicht sogleich darüber her. Das verbot die Etikette. Wir griffen mit der rechten Hand in die Schüssel, erfaßten ein saftig aussehendes Stück und warteten, indem wir einander mit einer Miene heiterer Freundlichkeit anblickten. Wir müssen wie drei Paare von Boxern ausgesehen haben, die im Begriffe sind, das Kampfspiel zu beginnen.

Dann, als würden wir im gleichen Augenblick allesamt von derselben Eingebung erfaßt, machte sich jeder daran, den gewählten Brocken in den Mund seines Gegners zu schieben. Damit taten wir dar, daß wir selbstlos seine Freude höher achteten als die eigene. Ich hatte die Gewohnheit, ein möglichst knorpeliges Stück auszusuchen und nicht so sehr nach dem Munde, als vielmehr nach dem Auge meines Nebenmannes zu zielen; überdies biß ich tüchtig in die Finger, die sich mit dem mir dargereichten Leckerbissen zu weit vorwagten. An jenem Tage aber erhaschte Chit meinen Brocken mit der Geschicklichkeit eines Flußpferds in einem zoologischen Garten, und seine Finger kamen heil davon; er wischte sie quer über mein Gesicht hin fein säuberlich ab. Ich taumelte nach hinten, fand aber das Gleichgewicht alsbald wieder. „Hooa," entfuhr es mir. Wir verzehrten unsere Brocken mit schmatzendem Wohlbehagen und unter beifälligem Grunzen und kauten etwas länger daran, als unbedingt nötig gewesen wäre.

„Die Freundin hat uns vom allerbesten gegeben," sagte der Alte mit dem Totenschädel, als er den Mund leer hatte. Wir anderen wiederholten diese dankbaren Worte, und nachdem wir so der guten Sitte Genüge getan hatten, machte sich jeder daran, möglichst viel vom Rest des Gerichtes zu erhaschen. Ich beteiligte mich nicht sehr lebhaft an dem Wettstreit, denn ich beschränkte mich vorwiegend auf die Wurzeln und Blätter, mit denen das Gericht garniert war.

Solange die Geräusche des Schlingens nicht den Anzeichen einer angenehmen Gesättigtheit Platz machten, verbot die gute Sitte jede Ablenkung der Aufmerksamkeit durch ein Gespräch; wenn sich aber die Schüssel zu leeren begann und ein oder zwei Kürbisflaschen voll der gegorenen Boganußmilch ausgetrunken waren, zeigte sich bei allen Anwesenden die Neigung zu sprechen. Dies war der Augenblick, da der Geist des Stammes rege wurde. Man tauschte Ideen aus und spielte mit ihnen. Und ich konnte bei diesen Anlässen über mancherlei Aufschluß gewinnen. An jenem Tage aber, an dem ich mich auf mich selbst besonnen hatte, war ich mehr dazu geneigt, Mitteilungen zu machen, als meinen Genossen zu lauschen.

Der Augenblick des Gespräches kam, sobald der Alte mit der eingetrockneten Haut das Mahl in aller Form beendet hatte. Ihm oblag es, „Dank der Freundin" zu sagen und seine Befriedigung über die Güte des Essens durch Rülpsen zu bekräftigen.

„Dank der Freundin," wiederholten wir und rülpsten ebenfalls.

„Heil dem weisen kleinen Kletterfaultier, dem Patriarchen und Beherrscher unseres Stammes! Möge es in aller Ewigkeit auf dem Baume des Lebens umherklettern."

Denn man hatte diesen Geschöpfen auf einem von Sträuchern bewachsenen Felsvorsprung in halber Höhe der Kuppen zwischen den Zweigen einiger Bäume eine Art Käfig gebaut, und es bestand die seltsame Ansicht, daß diese harmlosen kleinen Tiere über dem Schicksal des Stammes walteten. Die meisten gewöhnlichen Leute glaubten daran unbedingt. Chit, Ardam und die Alten galten bloß als Minister und jene seltsamen Lieblinge des Stammes flüsterten ihnen angeblich Weisheit ein. Ohne Zweifel war jener sonderbare Glaube das Ueberbleibsel einer sehr alten, nunmehr aber im Verschwinden begriffenen Tieranbetung, doch ist es mir infolge meiner geringen Forschungsgabe niemals gelungen, näheres über seinen Ursprung zu erfahren. Als einziges Gegenstück dazu in der zivilisierten Welt fiel mir die heilige Herrschaft des Mikado vor der Modernisierung Japans ein. In der Praxis befreite diese Lehre Chit und seine Genossen von der Verantwortung für Bevorzugungen, Verfolgungen und Tyranneien aller Art. Sie behaupteten, das kleine Baumfaultier habe ihnen dies und das zugeflüstert, und sofort war das instinktive Anhänglichkeitsgefühl des Stammes wach. Chit und seine Freunde herrschten über den gemeinen Mann und fraßen ihn auf: da war es immerhin ein Trost, sich einzubilden, daß die kleinen Faultiere ihrerseits über Chit und seine Freunde herrschten.

Ich wiederhalle den üblichen Wunsch, daß der Baum des Lebens niemals der Schar parasitischer kleiner Herren ledig sein möge, die auf ihm herumkletterten.

Hardy Worm: Die Gedächtnislehre

Mathias Mondmilch litt an Gedächtnisschwund. Diese Tatsache wurde nicht nur von seinen Gläubigern, sondern auch von seiner Frau bestätigt. Nachts weckte sie ihn manchmal und sagte: „Du scheinst überhaupt nicht mehr zu wissen, daß du verheiratet bist . . ." Also beschloß Mathias Mondmilch, etwas gegen seine Gedächtnisschwäche zu unternehmen.

Der Arzt verordnete ihm kalte Duschen und untersagte ihm den Genuß geistiger Getränke. Es war offensichtlich, das Mondmilch einem Kurpfuscher unter die Hände geraten war. Durch die kalten Duschen zog er sich einen chronischen Schnupfen zu, der ihm das Gehirn vollends verkleisterte.

Da sagte ihm eines Tages ein Freund, es gebe ein Buch, ein ganz ausgezeichnetes Buch, mit dessen Hilfe man durch Selbstunterricht wieder in den Besitz eines fabelhaften Gedächtnisses komme. Also ging Mondmilch zu einem Buchhändler: „Ich leide an Gedächtnisschwund. Haben Sie etwas dagegen?" Nein, sagte der Buchhändler, ich habe gar nichts dagegen. „Ich meine, Sie müssen doch ein Buch haben, mit Hilfe dessen man" usw.

„Das habe ich," sagte der Buchhändler. „Hier ist die neueste Auflage Morganscher Witze. Sie kennen doch den berühmten Humoristen? Lesen Sie sich jeden Morgen fünf bis zehn Witze durch und versuchen Sie, diese Witze am Abend wortgetreu wiederzugeben!"

„Eine ausgezeichnete Methode," dachte Mondmilch und kaufte das Buch. Aber als er am nächsten Morgen das Buch aufschlug, um mit seinem Gedächtnistraining zu beginnen, mußte er die traurige Wahrnehmung machen, daß er alle in diesem Buch enthaltenen Witze schon kannte. Die hatte ihm nämlich schon sein Großvater erzählt, als er ihn noch auf den Knien schaukelte.

Durch Zufall geriet Mondmilch dann in den Besitz der richtigen Gedächtnislehre: „Wie stähle ich mein Gedächtnis? Weg mit dem Knoten im Taschentuch!"

„Spaß," dachte Mathias, „was nützt einem der Knoten, wenn man das Taschentuch vergißt?" Und mit Feuereifer vertiefte er sich in das Studium des Buches. Da stand ja nun allerhand drin. Ein Vorwort. Ein Vorwort, ein Nachwort und in der Mitte auch noch was. „Man stehe frühzeitig auf, bewaffne sich mit einem Notizbuch und einem Bleistift und beginne bereits auf dem Treppenflur mit dem Training. Man zähle zum Beispiel die Treppenstufen, notiere die Zahl im Notizbuch und repetiere sie abends. Man merke sich Automobil- und Straßenbahnnummern. Man achte auf seine Umgebung und versuche, die Kleidung dieser oder jener Person genau zu beschreiben. Man repetiere abends die Gespräche, die man während des Tages geführt oder gehört hat." Usw. usw.

Das war das richtige Buch. Wenn man die darin enthaltenen Prüfungen bestanden hatte, konnte man sich irgendwo als Sherlock Holmes etablieren.

Obgleich in dem Buche vermerkt war, daß man bei Beginn des Kursus sein Gedächtnis nicht überlasten, sondern den Lehrgang sozusagen teelöffelweise zu sich nehmen solle, war Mondmilch für eine Radikalkur. Er stand also frühzeitig auf, zückte den Bleistift und begann, die Treppenstufen zu zählen. Als er bei der zweiundzwanzigsten war, rutschte er aus und rollte ins Parterre. Er ging also noch einmal hinauf und zählte wieder von vorn. Auf der Straße schrieb er die Nummern von fünf Autos auf, die an ihm vorbeirasten. Der Chauffeur des sechsten Autos titulierte ihn darum mit dem Ausdruck „Achtgroschenjunge".

Als er die im Schaufenster stehenden Schuhe der Firma Lauterbach zählte, fragte ihn ein Herr nach dem Preise der ausgestellten Lackstiefel. Mondmilch sagte: „LA 13 567." Der Herr lief entsetzt davon.

In der Straßenbahn saß Mondmilch einer ausgezeichnet rennovierten Dame gegenüber. Er zog sein Notizbuch aus der Tasche und notierte: „Schuhe und Strümpfe grau, Kostüm grün, einreihig, Handschuhe rot." Weiter kam er leider nicht. Ein Herr stand vor ihm und brüllte, er verbitte sich die Belästigung der Dame. „Ich verbitte mir, daß Sie die Dame zeichnen. Suchen Sie sich Ihre Modelle wo anders." Mondmilch schüttelte ernst den Kopf. Er wollte Aufklärung geben. Da hatte ihn der Herr schon beim Kragen und feuerte ihn auf die Straße. Aber noch im Fallen gelang es Mathias, festzustellen, daß der Herr eine rotpunktierte Krawatte trug.

Mondmilch wußte, daß aller Anfang schwer ist. Er durchstreifte die ganze Stadt. Notierte Hausnummern, zählte Straßenlaternen und Schornsteine, merkte sich den Wortlaut von Reklametafeln.

Schweißtriefend langte er gegen Abend zu Hause an. „Hier, höre ab!" sagte er zu seiner Frau und hielt ihr das Notizbuch unter die Nase. „Höre ab, ich weiß noch alles." Und er begann Auto-, Haus- und Straßenbahnnummern aufzuzählen. Er beschrieb Kleidungsstücke und Plakate. Er hatte mit einem Male ein phänomenales Gedächtnis.

„Das ist ja alles sehr schön," sagte Frau Mondmilch. Aber heute sei Ultimo und sie brauche Wirtschaftsgeld.

Da stand Mathias auf, nahm das Buch über die Gedächtnislehre, begoß es mit Petroleum und fraß es in rohem Zustande auf.

Er hatte nämlich vergessen, ins Bureau zu gehen.

Vorägyptische Kultur in Afrika

Der Florentiner Archäologe Professor Cipriani, der den Riesenfußabdruck eines vorgeschichtlichen Menschen an dem Ufer des Limpopo entdeckt hat, ist jetzt nach einer achtmonatigen Forschungsreise durch Rhodesien nach Hause zurückgekehrt und gibt einen Bericht über seine Forschungen, die sich auf die Urbewohner Südafrikas beziehen. Auf Grund der Felszeichnungen und -malereien, der Ruinen von Gräbern und Tempeln, die er in dem vom Sambesi, Limpopo, Waal- und Orangefluß bewässerten Hochland gefunden hat, glaubt er, eine Kultur entdeckt zu haben, die 7000 bis 8000 Jahre zurückliegt und daher älter ist als die früheste ägyptische Kultur und älter als die ältesten asiatischen Kulturen. „Die Buschmänner erzählen uns ihre eigene Geschichte," führte er aus. „Schlachtenszenen sind häufig dargestellt, und zwar kämpfen seltsame Gestalten riesiger Menschen mit einer kleineren Rasse, die sie überwinden. Diese großen Menschen waren wahrscheinlich die ursprünglichen Einwanderer, die vielleicht vom Indischen Ozean herkamen und die kleineren Ureinwohner zum großen Teil vernichteten, ihre Weiber nahmen und die Vorfahren der Bantustämme wurden, die so lange Zeit das Land beherrscht und die Festungen von Zimbabwe und Rämat errichtet haben." Der italienische Gelehrte spricht den so viel umstrittenen Ruinen von Zimbabwe nicht das hohe Alter zu, das ihnen andere Archäologen beigelegt haben; er glaubt, daß sie von den Bantus im 10. oder 12. Jahrhundert unserer Zeitberechnung gebaut wurden, um die an Gold und Edelsteinen reichen Gebiete gegen den Zustrom asiatischer Eindringlinge zu schützen. Das hohe Alter der Felszeichnungen gilt ihm als erwiesen durch die Tatsache, daß viele der hier abgebildeten Tiere antediluvianisch sind und unter den Pflanzen sich Arten befinden, wie z. B. Palmen, die nicht mehr in Südafrika heimisch sind. Cipriani fand an einem Felsen das seltsame Bildnis eines Menschen, der babylonische Kleidung trägt. Rhodesien ist nach seiner Ansicht ein Land, das unbegrenzte Forschungsmöglichkeiten bietet und noch manchen wichtigen Beitrag zum Ursprung der Menschheit und zur Geschichte der ältesten Kultur liefern wird.

Lebensstatistik eines Achtzigjährigen

Die zu einer wahren Manie ausgeartete Leidenschaft des Amerikaners für statistische Haarspalterei hat eine neue absonderliche Blüte getrieben. Eine amerikanische Monatsschrift ist auf den Gedanken verfallen, mit tunlichster Genauigkeit ziffernmäßig festzustellen, wie ein achtzigjähriger Bürger der Vereinigten Staaten sein Leben verbracht hat. Das Material für diese Statistik bot sich in den Antworten, die bei der Redaktion auf eine diesbezügliche Umfrage eingegangen waren. Danach hat ein achtzigjähriger Amerikaner 26 Jahre, 312 Tage, 18 Stunden und 22 Minuten — man kann unmöglich genauer sein — zum Schlafen und Anziehen verwandt. Die berufliche Arbeit nahm ihn für 21 Jahre, 95 Tage, 14 Stunden und 40 Minuten in Anspruch. Essen und Trinken erforderten einen Zeitaufwand von 5 Jahren, 340 Tagen, 5 Stunden und 14 Minuten. Die Stunden des Unmuts, der Verstimmungen und der Geduldproben summierten sich im Verlaufe der 80 Jahre auf 6 Jahre, 186 Tage 14 Stunden und 10 Minuten und die des Wartens an Omnibushaltestellen, Theaterkassen usw. auf 5 Jahre, 302 Tage, 10 Stunden und 5 Minuten. Auf Feiertage und Ferien entfielen 4 Jahre, 12 Tage, 15 Stunden und 3 Minuten; auf Reisen 3 Jahre 273 Tage, 18 Stunden und 24 Minuten. Die Lektüre der Zeitungen erforderte einen Zeitaufwand von 1 Jahr, 243 Tagen, 7 Stunden und 18 Minuten. Rasieren 140 Tage, 23 Stunden, 19 Minuten und das Umbinden der Krawatte wird auf 18 Tage, 12 Stunden, 6 Minuten berechnet. 1300 Tage, 8 Stunden, 28 Minuten entfielen auf die Reinigung der Nase, während die Zeit, die auf das Suchen des Kragenknopfes verwandt werden mußte, mit 7 Tagen angegeben wird. So wenig man auch außer acht lassen darf, daß diese Zifferangaben amerikanischen Ursprungs und deshalb mit Vorsicht zu bewerten sind, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß ein Achtzigjähriger, der durchschnittlich acht Stunden in der Nacht geschlafen und zwei Stunden täglich zum Essen gebraucht hat, in Wahrheit 26 Jahre seines Lebens im Bett und 6 Jahre am Eßtisch verbracht hat.

Ein neuer Geiser. Der Yellowstone-Park ist berühmt wegen seiner Geiser, aber diese haben den Nachteil, daß sie nicht bloß zuweilen nachlassen, sondern auch ganz aufhören. Der Große Geiser auf Island sendet einen 30 bis 40 Meter hohen Wasserstrahl aus, dagegen hatte der Yellowstone-Park-Geiser, dessen Strahl 45 bis 60 Meter hoch ging. Sie sind aber im Laufe der Zeit erloschen, und deshalb freut man sich, daß kürzlich wieder ein Geiser ausgebrochen ist, aus dem das heiße Wasser 18 bis 22 Meter und zuweilen sogar 30 Meter hoch steigt. Alle 24 Stunden finden zwei Ausbrüche statt, und jeder Ausbruch dauert etwa drei Stunden. Das Wasser [illegible] durch einen Kanal ab, so daß der Krater trocken bleibt.

Ford-Löhne in Europa.

Unternehmer im Kampfe gegen das Internationale Arbeitsamt.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf ist in letzter Zeit wiederholt von der Unternehmerpresse heftig angegriffen worden. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat nämlich das Verbrechen begangen, eine amerikanische Stiftung (vom XX-th Century Fund) in Höhe von 25 000 Dollar anzunehmen zur Durchführung einer Untersuchung über die Kaufkraft der Löhne in 17 Städten aus 12 europäischen Ländern. Am 11. November beschäftigte sich auch das „Berliner Tageblatt" in einem Genfer Spezialbericht mit dieser Frage. Es hielt die hauptsächlich von Unternehmerseite gegen die Untersuchung erhobenen Bedenken für verständlich, „da diese Erhebung einen ganz besonderen Charakter trägt, die Einleitung eines ganz konkreten geschäftlichen Plans bedeuten und nach ihrem Abschluß die erste ausgedehnte Invasion der amerikanischen Löhne in Europa und im Bereiche einer wichtigen und in schwerstem Konkurrenzkampf stehenden Industrie erfolgen soll".

Was ist geschehen?

Der XX-th Century Fund ist durch Herrn E. Filene an das Internationale Arbeitsamt herangetreten und hat dem Amt eine Summe im Höchstbetrag von 25 000 Dollar zur Verfügung gestellt, um für die Ford Motor Company Unterlagen zu sammeln, welche diese Firma in den Stand setzen sollen, die Löhne der in ihren verschiedenen europäischen Städten errichteten oder in Aussicht genommenen Fabriken beschäftigten Arbeiter so festzusetzen, daß sie die gleiche Lebenshaltung ermöglichen, wie sie mit den im Stammhaus von Ford in Detroit bezahlten Löhnen möglich ist. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat dieses Angebot angenommen, nachdem drei seiner Mitglieder, und zwar je ein Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mit Herrn Filene über die Frage verhandelt hatten.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes hat in einem Schreiben vom 10. September die Bedingungen festgelegt, unter denen das Amt die Erhebung durchzuführen bereit ist. Hier wird u. a. gesagt, daß die Erhebung vom Internationalen Arbeitsamt unter seiner Verantwortung durchgeführt wird. Das zur Sammlung und Verarbeitung der Auskünfte erforderliche Sachverständigenpersonal wird vom Amte zur Verfügung gestellt. Um sicher zu gehen, daß die Zuverlässigkeit der in den verschiedenen Ländern erlangten Unterlagen in den betreffenden Ländern anerkannt werde, wird das Internationale Arbeitsamt sich für die Vorbereitung und Durchführung der Erhebung die Beratung und Mitarbeit anerkannter Statistiker der verschiedenen Länder sichern.

„Wenig schöne Bedingungen . . ."

Wenn also das Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in seiner Nummer 20 vom 15. Oktober schreibt, das Angebot sei unter „wenig schönen Bedingungen vom Internationalen Arbeitsamt angenommen worden", so ist dies nicht richtig. Nicht das Internationale Arbeitsamt, sondern sein Verwaltungsrat hat das Angebot angenommen. Ob man die Tatsache, daß der Direktor des Internationalen Arbeitsamts zur Vermittlung wissenschaftlich einwandfreier Unterlagen alle Sicherungen getroffen hat, als unschöne Bedingungen bezeichnen kann, mag der Beurteilung der Unternehmerpresse anheim gestellt werden. Man kann auch nicht sagen, daß das Internationale Arbeitsamt in der Durchführung von Lohnerhebungen und der Bewertung der Löhne im Hinblick auf ihre Kaufkraft keine Erfahrungen besitze, veröffentlicht doch die Internationale Rundschau der Arbeit schon seit Jahren internationale Vergleiche der Reallöhne in den verschiedenen Ländern der Welt, wobei immer wieder auf ihren nur relativen Wert hingewiesen wird.

Die Erhebung, deren Durchführung auf Grund der Stiftung des XX-th Century Fund nunmehr möglich ist, bietet eine neue wertvolle Gelegenheit, auf rein wissenschaftlicher Grundlage lohnpolitische Tatsachen zu ermitteln, die für die Durchsichtigmachung der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern über die absolute und relative Höhe der Löhne und ihre Kaufkraft nicht ohne Einfluß bleiben wird. Dabei darf man auf Grund seiner Veröffentlichungen annehmen, daß dem Internationalen Arbeitsamt durchaus bekannt ist, daß nicht alle Faktoren der Kaufkraft und der Lebenshaltung ohne weiteres miteinander vergleichbar sind. Die quantitative und qualitative Zusammensetzung der Lebenshaltungsfaktoren ist in den einzelnen Ländern zu verschieden, um durch eine einfache Gegenüberstellung verglichen werden zu können. Ohne Zweifel wird, um so mehr als die Mitarbeit erfahrener Statistiker der einzelnen Länder ausbedungen ist, diesen Tatsachen gebührend Rechnung getragen werden.

Was bleibt also von den Angriffen übrig?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 18. Oktober 1929 (Nr. 485) stellt neben anderen unsachlichen Bemerkungen, die den ganzen Haß des Unternehmertums gegen die soziale Einrichtung des Internationalen Arbeitsamtes erkennen lassen, auch die Behauptung auf, die Erhebung führe, wie ihr Ergebnis auch ausfallen möge, zu einer Störung des Lohnfriedens. Denn entweder ergebe die Erhebung, daß der amerikanische Durchschnittslohn höher sei als der europäische, dann führe sie zu Arbeiterentlassungen oder aber, was nach Ansicht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" durchaus möglich sei, der amerikanische Durchschnittslohn sei niedriger als der europäische, und dann führe die Erhebung zu Lohnherabsetzungen. In beiden Fällen seien die Arbeiter die Leidtragenden.

Die wirtschaftliche Richtigkeit dieser Alternative ist zwar durchaus zweifelhaft. Die Unternehmer sind also der Meinung, man müsse sich vor einer wissenschaftlichen Klärung dieser Frage hüten, weil ihr Ergebnis schädlich sein könnte. **Diese Einstellung zeigt die ganze Furcht der privatkapitalistischen Wirtschaft vor einer wissenschaftlichen Durchsichtigmachung der Verhältnisse, die eine unbedingte Voraussetzung für die Lösung der sozialen Frage besonders in internationalem Ausmaß ist.**

Tatsächlich hat die rein wissenschaftliche Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes nicht das geringste mit den Folgerungen zu tun, die Ford oder andere Kapitalisten aus ihren Ergebnissen ziehen werden. Die Arbeiterschaft aber fürchtet sich nicht vor den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung.

Die Rechtfertigung hoher Löhne.

Im übrigen muß daran erinnert werden, daß die Bestrebungen Fords, hohe Löhne zu zahlen, auch in Amerika zuerst auf den heftigsten Widerstand der Arbeitgeber gestoßen sind. So schreibt der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, H. B. Butter, in seinem auch bei den Unternehmern mit Beifall aufgenommenen Buche: „Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in USA." u. a.:

„Gegenwärtig sind die amerikanischen Unternehmer im allgemeinen der Meinung, daß die hohen Löhne von Vorteil sind, weil sie einen Produktionsantrieb darstellen, den Geist der Zusammenarbeit fördern und dem Arbeiter eine Kaufkraft geben, die zur Förderung und Aufrechterhaltung des Wohlstandes beiträgt. Es ist offensichtlich, daß die Zahlung hoher Löhne diese Erfolge erzielt hat. Wollte man jedoch annehmen, daß der amerikanische Unternehmer freiwillig den Weg der hohen Löhne beschritten hat, weil er diese Folgen vorausgesehen hätte, würde man ihm eine weise Voraussicht zusprechen, auf die er nicht gut Anspruch erheben kann. Gewiß hat Henry Ford im Januar 1914 die Löhne plötzlich erhöht und einen Mindestlohn von 5 Dollar für eine achtstündige Arbeitszeit festgesetzt. Durch diese Tat hat er die allgemeine Lohnbasis aber wesentlich überschritten und die Unzufriedenheit, ja Proteste seiner Konkurrenten hervorgerufen. Ford hat dies getan, weil er in seiner Maßnahme einen guten Geschäftsgrundsatz erkannte, der in der Folgezeit „eine der besten Maßnahmen zur Senkung der Produktionskosten darstellte". Diese Haltung Fords blieb jedoch eine Ausnahme und fand keine allgemeine Nachahmung. Die allgemeine Steigerung der Löhne ist viel mehr auf wirtschaftliche Ursachen als auf freiwillige Entschlüsse zurückzuführen.

Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die hohen Löhne günstige Folgen hatten, die man im allgemeinen gar nicht erwartete. Es ist heute allgemein anerkannt, daß hohe Löhne das beste Mittel zur Förderung der Produktion und des Verbrauches darstellen. Die Tatsache, daß Tausende von Arbeitern über einen über dem Existenzminimum liegenden Lohn verfügen, hat eine gesteigerte Nachfrage nach allen Arten von Erzeugnissen zur Folge gehabt oder, mit anderen Worten, eine Stabilisierung der Verbrauchs und einen Anreiz zur Steigerung der Produktion.

Aus diesem Grunde geben die amerikanischen Unternehmer heute allgemein zu, daß die Politik der hohen Löhne eine gute ist. Sie wollen **unter allen Umständen eine Senkung der Löhne vermeiden und suchen im Notfalle zuerst auf allen anderen Gebieten Ersparnisse zu erzielen, bevor sie die Löhne anrühren."**

Sollen wir dem noch etwas hinzufügen?

Mißstände im Braunkohlensyndikat.

Das Untersuchungsergebnis im Reichskohlenrat.

Der Reichskohlenrat beschäftigte sich am Dienstag abend mit den Mißständen in den Absatzorganisationen des Ostelbischen Kohlensyndikats. Im Sommer d. J. wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, die sich in mehreren Sitzungen mit der ganzen Materie beschäftigte. Die Dinge liegen so, daß sich große Konzerne der Kontrolle durch die Organe der Kohlengewinnwirtschaft zum Schaden der Produktion und der Verbraucher entzogen haben. Insbesondere gilt das für die sogenannte Petschekgruppe, die im Laufe von wenigen Jahren einen großen Konzern in der Mitteldeutschen Braunkohle aufbauen konnte.

Die Kommission ist zu keiner einheitlichen Auffassung über die ganze Situation gekommen. Der Vertreter der Arbeitgeber, Berghauptmann Benhold, betonte, daß die jetzige Regelung dem vom Reichskohlenrat genehmigten Syndikatsvertrag entspreche. Deshalb seien keine weiteren Einwendungen zu erheben.

Demgegenüber stellte sich Dr. Berger, Vertreter der Arbeitnehmergruppe, auf den Standpunkt, daß durch die gegenwärtige Regelung die Aktionsfreiheit des Syndikats in ungesetzlicher Weise eingeschränkt werde. Nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz stehe dem Syndikat die völlige Verfügungsgewalt über die Brikettproduktion und über den Brikettabsatz zu. Das sei jetzt nicht der Fall. In Durchführung des Syndikatsvertrages hätten die Organe des Ostelbischen Braunkohlensyndikats, also die Brikettvertriebe, den Charakter von Petschekschen Werkhandelsgesellschaften angenommen. Die ungeheuren Handelsgewinne flössen nicht der Produktion zu, sondern der Petschekgruppe. Die gegenwärtige Rabattstaffelung verhindere die Verbilligungsmöglichkeiten, was dem Sinn des Kohlenwirtschaftsgesetzes widerspricht. So flösse den großen Konzernen aus den unberechtigten Handelsgewinnen jährlich 7 bis 8 Millionen Mark zu. Das entspreche dem Zinsendienst einer Anleihe von rund 100 Millionen Mark. Durch die ungeheuren Gewinne sei es zum Beispiel der Petschekgruppe auch nur möglich gewesen, große und renommierte Aktiengesellschaften in der Mitteldeutschen Braunkohle aufzukaufen, u. a. die Ilse, die Niederlausitzer Kohlenbergwerke und die Eintracht. Das Syndikat sei eine öffentlich-rechtliche Einrichtung. Diese dürfe nicht mißbraucht werden, um privates Gewinnstreben zu fördern. Es sei einwandfrei, daß der gegenwärtige Syndikatsvertrag und seine Auswirkung dem Kohlenwirtschaftsgesetz und besonders dem § 72 des Gesetzes widersprechen.

Dem Reichskohlenrat wurden dann zwei Entschließungen vorgelegt. Die eine Entschließung stammte von den Arbeitnehmern und ersucht den Reichswirtschaftsminister, im Einvernehmen mit dem Reichskohlenrat die Anwendung des Kohlenwirtschaftsgesetzes auf das Ostelbische Syndikat durchzuführen. Die zweite Entschließung, von den Arbeitgebern eingebracht, stellt fest, daß sich die gegenwärtige Regelung im Ostelbischen Braunkohlensyndikat im Einklang mit dem Kohlenwirtschaftsgesetz befindet. Die Entschließung der Arbeitgeber wurde mit den Stimmen der Arbeitgeber und eines Teil der Verbraucher (!) gegen die Stimmen der Arbeitnehmer angenommen.

Die Arbeitnehmer ließen darüber keinen Zweifel, daß damit noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Die Oeffentlichkeit muß aber vor allem auf das eigentümliche Verhalten hingewiesen werden, das die Vertreter der Verbraucher auch diesmal wieder an den Tag legten.

Die tägliche Liste der Bankpleiten.

Drei neue in Hamburg, Hannover und Bautzen.

Die Liste der zusammenbrechenden Privatbankhäuser vergrößert sich von Tag zu Tag. In Hamburg erfolgte die Zahlungseinstellung der alten und sehr angesehenen Firma Sick u. Co. Die Verluste sollen nicht groß sein, doch war es unmöglich, nachdem die Stützungsbemühungen erfolglos blieben, die Zahlungsflüssigkeit aufrecht zu erhalten.

In Hannover ist die Bankfirma Otto Meine in Konkurs gegangen, nachdem am 23. November die Zahlungen eingestellt wurden.

In Bautzen hat das Bankhaus G. E. Heydemann sich entschlossen, seine Selbständigkeit aufzugeben, nachdem die Illiquidität der Firma durch Geldabzüge entstanden war. Dazu wird gemeldet, daß die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft sowie die sächsische Staatsbank für die Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten die Garantie übernommen haben. Das heißt mit anderen Worten, daß das Geschäft der Bautzener Firma von der „DEDG" übernommen wird.

Wir haben schon gesagt, daß es sich bei den zahlreichen Zusammenbrüchen kleiner privater Bankhäuser zum großen Teil auch um einen volkswirtschaftlich durchaus zweckmäßigen Reinigungsprozeß handelt, der nur, wie es scheint, von den großen Banken auch durch Kreditversagungen gefördert wird. Das Bedauerliche und Gefährliche dabei ist nicht die Schließung einer noch so großen Anzahl kleinerer Bankfirmen, sondern sind die unmittelbaren Verluste, die die Einleger dieser Banken treffen und die Kreditentziehungen, die bei der Liquidation der Bankhäuser gegenüber der Kundschaft erfolgen.

Immerhin aber wäre es höchste Zeit, daß das private Bankkapital etwas mehr Organisations- und Informationstalent beweist als bisher. Wenn die Großbanken keine irgendwie geartete Auffangorganisation schaffen und die Wirtschaft über die Tragweite der Zusammenbrüche nicht informieren, dann kann die Beunruhigung der Wirtschaft über die Sicherheit des deutschen Bankwesens doch so groß werden, daß das Bankwesen in seiner Gesamtheit Schaden leidet.

Die Banken Ende Oktober.

Keine Ausdehnung des Bankgeschäfts.

Im Oktober stand das Bankgeschäft in Deutschland nach den jetzt vorliegenden Monatsbilanzen im Zeichen der Stagnation. Der Zuwachs an fremden Geldern hielt sich bei sämtlichen berichtenden 97 Kreditbanken ausschließlich der Großbanken in dem sehr engen Rahmen von 70 bzw. 72 Millionen. Der Kreditorenstand bei den Berliner Großbanken erreichte zum Oktoberende 11,65 gegen 10,82 und bei sämtlichen Kreditbanken 14,28 gegen 14,21 Milliarden Mark Ende September.

Bei der Verwendung der Gelder prägen sich die Börsenkrise und der Aufschwung des Außenhandels besonders stark aus. So schrumpften infolge der völligen Flaute an der Börse die Reports und Lombards bei allen Banken von 762 auf 646 Millionen zusammen und hiervon die Reportgelder allein von 424 auf 339 Millionen. Nichts kann die gegenwärtigen Zustände an den deutschen Börsen besser kennzeichnen als dieser beträchtliche Rückgang der Börsenkredite um ein Sechstel der Gesamtsumme. Andererseits hat sich das Warenfinanzierungsgeschäft im Zusammenhang mit dem kräftigen Aufschwung des deutschen Außenhandels gut entwickelt. Die „Vorschüsse auf Waren" stiegen im Berichtsmonat um 87 auf 2194 Millionen. Das laufende Kreditgeschäft (Kontokorrentkredite) zeigte insgesamt keine merkliche Veränderung.

Bemerkenswert ist die Machtverschiebung zwischen Großbanken und übrigen Banken. Während für sämtliche Banken die Kreditorensumme fast unverändert, ist sie bei den Berliner Großbanken um rund 80 von 10,82 auf 11,65 Milliarden gestiegen.

Die Geldflüssigkeit bei der Reichsbank. Der Ausweis der Reichsbank vom 23. November bringt einen seit langen Monaten nicht erreichten Rekordtiefstand der Kreditbeanspruchung. Die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln, Schecks, Lombards und Wertpapieren ging in der Berichtswoche um 217 auf 2070,2 Millionen zurück. Hiervon haben sich die Wechsel- und Scheckbestände um 142,5 auf 1917,8 Millionen und die Lombardbestände um 82 auf 49,9 Millionen gesenkt. Die zur Monatsmitte eingetretene Beanspruchung an Lombardkrediten (Kredite gegen Hinterlegung von Waren und Wertpapieren) ist damit also in der Berichtswoche voll ausgeglichen. Der Gesamtentlastung der Bank entsprechend hat sich auch der Notenumlauf in der Berichtswoche stark verringert. An Reichsbanknoten flossen 183,9 Millionen und an Rentenbankscheinen 16,8 Millionen in die Kassen der Bank zurück. Der gesamte Notenumlauf hat sich in der Berichtswoche auf 4530 Millionen verringert. Dagegen haben die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen um 22,8 auf 2625,9 Millionen zugenommen, so daß die Deckung der Noten durch Gold allein sich von 51,4 auf 53,7 Prozent, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 50,9 auf 53,1 Prozent gebessert hat. Auch die Deckung der umlaufenden bat damit einen seit dem März dieses Jahres nicht erreichten Höchststand erlangt.

Umsatzsteigerung beim Eisenwerk Wülfel. 12 Proz. Dividende. Das Eisenwerk Wülfel in Hannover kann für das jetzt abgeschlossene Geschäftsjahr 1928/29 seinen Aktionären außer einer 10prozentigen Dividende noch einen sogenannten Bonus von 2 Proz. auszahlen, so daß die Gesamtausschüttung sich auf 12 Proz. stellt. Im vergangenen Jahre wurden neben der 10prozentigen Dividende noch Gratisaktien verteilt, so daß der Aktionärsgewinn sich auf 17½ Proz. bezifferte. Die Gesellschaft, die in der Hauptsache Transmissionsanlagen herstellt, konnte im letzten Betriebsjahr einen seit langen Jahren nicht erreichten Umsatz erzielen. Dabei fielen infolge Rationalisierungsmaßnahmen die Unkosten um fast 6 Proz. auf 1,58 Millionen Mark. Der ausgewiesene Reingewinn entspricht mit rund 600 000 M. einer Dividende von mehr als 20 Proz., so daß nach der Gewinnverteilung an die Aktionäre noch über 120 000 M. in die Reserven fließen bzw. zu Sonderabschreibungen verwandt werden. Der Auftragsbestand bei Beginn des neuen Betriebsjahres war hoch. Die Lage in der hannoverschen Metallindustrie gibt also durchaus keinen Anlaß zu Klagen, wie man sie regelmäßig von den hannoverschen Unternehmern zu hören bekommt.

Vermahlungszwang auch in Frankreich. Mit großer Mehrheit wurde von der französischen Kammer ein von der Regierung eingebrachtes Getreidegesetz angenommen. Damit ist dem französischen Landwirtschaftsminister das Recht gegeben worden, auf dem Verordnungswege den Mühlen die zwangsmäßige Vermahlung eines bestimmten Anteiles von einheimischem Getreide bei der Mehlerzeugung vorzuschreiben.

3,06 Milliarden für amerikanischen Flugzeugverkehr. Eine amerikanische Investment Trust hat berechnet, daß in den letzten zwölf Monaten 82 amerikanische Gesellschaften für Flugzeugbau und Flugverkehr Aktien im Betrage von rund einer Milliarde Mark zur Zeichnung aufgelegt haben. Auf der New-Yorker Börse werden Aktien von 33 Flugzeuggesellschaften gehandelt, deren Marktwert rund 730 Mill. Dollar oder 3,06 Milliarden Mark beträgt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen"

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Mineralwasser
Für die Gesundheit!
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8260-61

Reform des Reichsbahngesetzes.

Die neuen Personalbestimmungen. Ein Erfolg der Gewerkschaften.

Zu den vielen mit der Reparationsregelung im Zusammenhang stehenden verschleierten Bildern gehört auch das Reichsbahngesetz. Die Delegierten für die Pariser Verhandlungen mußten sich verpflichten, bis zum Abschluß der Haager Konferenz die Vertraulichkeit zu wahren. Infolgedessen wird seit Wochen immer wieder versucht, bald da, bald dort den Schleier von den Geheimnissen wegzuziehen. Die „Kölnische Zeitung" glaubte einen besonders guten Griff getan zu haben. Sie überraschte am Dienstag die Oeffentlichkeit mit einer Wiedergabe des neuen Reichsbahngesetzes. Der von ihr veröffentlichte Entwurf ist jedoch, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht der richtige, sondern ein längst überholtes Exemplar. Richtig ist, wie uns von unterrichteter Seite versichert wird, an der Veröffentlichung nur die Darstellung über die neuen Bestimmungen für das Personal. Sie sind in den §§ 19, 24 und 26 enthalten und behandeln die Rechts- und Dienstverhältnisse der Bediensteten, die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand sowie die Festsetzung der Dienstbezüge. Die neuen Personalbestimmungen sehen folgendermaßen aus:

§ 19: Die Gesellschaft hat unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen eine Personalordnung zu erlassen. In ihr sind die Rechts-, Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Reichsbahnbeamten

in Anlehnung an die für Reichsbahnbeamte geltenden Vorschriften

zu regeln. Glaubt die Gesellschaft, daß die besonderen Verhältnisse der Reichsbahn eine von den jeweils für Reichsbeamte geltenden Vorschriften abweichende Regelung erfordern, so hat sie dies der Reichsregierung mitzuteilen und ihre Absichten mit dieser zu erörtern. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet das Reichsbahngericht (§ 44). Bis zur Entscheidung des Gerichts verbleibt es bei der bestehenden Regelung.

Die Regelung der Rechts-, Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Reichsbahnbeamten nach dem Stand vom 1. Oktober 1929 gilt als im Einvernehmen mit der Reichsregierung erlassen.

Die Personalordnung kann über die Rechts- und Dienstverhältnisse der Angestellten und Arbeiter Bestimmungen treffen, soweit sie nicht nach allgemeinen Grundsätzen Gegenstand der Vereinbarung (Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung, Einzelarbeitsvertrag) sind.

Gegenstände, die am 1. Oktober 1929 in den §§ 3 bis 32 (betrifft Vereidigung und Verpflichtung, Tragen von Dienstmützen u. dergl. Die Red.) der Personalordnung geregelt oder durch den Generaldirektor als Verordnung erlassen worden sind, gelten, soweit sich nicht aus § 19 Absatz 3 (Arbeitszeit. Die Red.) etwas anderes ergibt, als solche, über die die Personalordnung Bestimmungen treffen kann.

Die auf dem Gebiet des Arbeits-, Fürsorge- und Versicherungsrechts allgemein geltenden Gesetze und Verordnungen finden, soweit nicht die Vorschriften dieses Gesetzes oder der Gesellschaftssatzung etwas anderes bestimmen, auch auf die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gesellschaft Anwendung.

Insbesondere gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitszeit

der Angestellten und Arbeiter auch für die Angestellten und Arbeiter der Gesellschaft. Die Gesellschaft kann jedoch in den Dienstzweigen, in denen die besonderen Verhältnisse des Eisenbahndienstes oder das Zusammenarbeiten von Beamten, Angestellten und Arbeitern eine übereinstimmende Regelung der Arbeitszeit erfordern, diese Uebereinstimmung durch Uebertragung der für die Beamten geltenden Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die Angestellten und Arbeiter herbeiführen.

Die Dienstzweige, in denen hiernach die Uebertragung allgemein zulässig ist, sind in der einen Bestandteil dieses Gesetzes bildenden Anlage II (sie ist nicht im Entwurf mitabgedruckt. D. R.) unter A aufgeführt; unter B sind dagegen diejenigen Dienstzweige aufgeführt, in denen die Uebertragung nicht zulässig ist. Soweit es sich um Dienstzweige handelt, die weder unter A noch unter B aufgeführt sind, soll bei einer Regelung der Arbeiterschaft durch Gesamtvereinbarung, insbesondere durch Tarifvertrag und im Satz 1 für die Möglichkeit von Uebertragungen der Arbeitszeit der Beamten auf die Angestellten und Arbeiter aufgestellte Grundsatz berücksichtigt werden.

§ 24. Die Grundsätze über die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und die dem Beamten zu gewährenden Rechtsmittel gegen diese Maßnahme sind in der Personalordnung zu regeln. Die am 1. Oktober 1929 geltenden Bestimmungen können

nicht ohne Zustimmung der Reichsregierung geändert werden.

§ 26. Die Gesellschaft hat die Dienstbezüge der Reichsbeamten mit Ausnahme der leitenden Beamten gemäß den Bestimmungen in § 19 zu regeln.

Durch diese Vorschriften wird das Recht der Gesellschaft nicht berührt, nach allgemeinen Grundsätzen für die Tätigkeit auf besonders verantwortlichen Dienstposten oder unter besonders schwierigen Dienstverhältnissen, sowie für außergewöhnliche Leistungen Vergütungen zu gewähren, solange diese nicht 4 Proz. (bisher 5 Proz.) des gesamten Aufwandes für die Dienstbezüge der Beamten überschreiten.

Die Gesellschaft bestimmt die Dienstbezüge der leitenden Beamten selbständig. Der Kreis dieser Beamten wird vom Verwaltungsrat festgesetzt. Soll ihre Zahl ein halb vom Tausend der Zahl aller ständigen Bediensteten überschreiten, so ist hierzu die Zustimmung der Reichsregierung erforderlich." —

Die Gewerkschaften haben, wie schon der Abschnitt über die Leistungszulagen deutlich zeigt, nicht alle ihre Forderungen durchsetzen können. Immerhin sind gegenüber dem bisherigen Zustand recht beachtenswerte und erfreuliche Fortschritte festzustellen. Das gilt vor allem für die Bestimmungen über die Arbeitszeit und ebenso für die Fragen des Arbeitsrechts wie hinsichtlich der Sicherung des Einflusses der Reichsregierung auf die allgemeine Gestaltung des Schicksals des Eisenbahnpersonals. Die, wenn auch nur indirekte Mitwirkung der Gewerkschaften, vor allem der Vertreter des Einheitsverbandes der Eisenbahner, war also nicht ohne Erfolg. Man darf das mit Befriedigung feststellen.

Tagung des ADGB.

Bundesausschuß zum Berufsausbildungsgesetz.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befaßte sich am Dienstag mit dem Berufsausbildungsgesetz. Der vorliegende Gesetzentwurf wurde von dem Jugendsekretär des ADGB. Maschke kritisch beleuchtet.

Maschke führte aus: Das Berufsausbildungsgesetz ist zurückzuführen auf Forderungen der Gewerkschaften. Der Gesetzentwurf stellt die Arbeit aller Jugendlichen — grundsätzlich ausgenommen ist die Landwirtschaft — unter die geplante Regelung. Dem Arbeitgeber kann das Recht zur Beschäftigung Jugendlicher entzogen werden, wenn ihm die erforderlichen Qualitäten fehlen. Seine Erziehungspflichten müssen bei der Beendigung des Aufenthalts des Lehrlings im Betrieb ihre Grenze finden. Lohnausfall durch den Besuch der Berufsschule darf nicht entstehen; hier sind Verbesserungen notwendig. Zu fordern ist ferner, daß das Gesetz den Jugendlichen einen Anspruch auf Urlaub gibt. Auch müssen die mit der Durchführung des Gesetzes betrauten Körperschaften wenigstens Mindestforderungen für eine berufliche Unterweisung „Ungelernter" aufstellen. Das Gesetz stellt Bedingungen auf, die von den Betrieben erfüllt werden müssen, wenn sie als Lehrbetrieb gelten wollen. Ganzen Erwerbszweigen wie einzelnen Betrieben kann das Recht zur Lehrlingshaltung aberkannt werden. Das Recht des Lehrmeisters zur Prügelstrafe wird aufgehoben.

Gesetzliche Berufsvertretung im Sinne des Gesetzes sind die Handwerker- und Handelskammern, denen für die Aufgaben aus dem Gesetz paritätische Ausschüsse angegliedert werden. Sie setzen zum Beispiel auch die Dauer der Lehrzeit fest. Die Bestimmungen über den Lehrvertrag enthalten nennenswerte Verbesserungen des bisherigen gesetzlichen Zustandes. Auch bringt das Gesetz eine Neuregelung des Gesellen- und Meisterprüfungswesens.

Die für die Durchführung des Gesetzes vorgesehene Rege-

lung befriedigt nicht. Die Vorschläge der freien Gewerkschaften, diese Aufgabe den Arbeitsämtern zu übertragen, drangen nicht durch. Die Befugnisse der paritätischen Ausschüsse sind unzureichend, denn ihnen unterliegt nicht die Geschäftsführung, die Kostendeckung und die Stellung von Strafanträgen auf Grund des Berufsausbildungsgesetzes, also die Vorbereitung und Ausführung ihrer eigenen Beschlüsse. Diese Angelegenheiten bleiben den Arbeitgebern vorbehalten. Unfruchtbar ist es, den Handels- und Gewerbekammern die Regelung des Lehrlingswesens, namentlich des Arbeitsvertrages des Lehrlings zu überlassen. Hier ist einheitliche Regelung für einen weiteren Bereich durch eine zentrale Stelle notwendig. Bedenklich sind die Bestimmungen, die sich auf mögliche Kollisionen zwischen Regelungen des Lehrvertrages durch Anordnungen der Organe des Gesetzes und durch Tarifverträge beziehen. Es darf keine Einschränkung des Rechts, den Lehrvertrag durch Tarifvertrag zu regeln, eintreten. Alles in allem: neben beachtlichen Fortschritten enthält der Gesetzentwurf manchen Mangel, der bekämpft werden muß. Immerhin ist er eine Grundlage zur gesetzlichen Neuordnung eines für die Gewerkschaften wichtigen Gebietes.

Verkehrsarbeiter und Parteien.

Ein klares Bekenntnis.

Im Beisein der angestellten Ortsverwaltungsmitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, als Zeichen der bevorstehenden Verschmelzung, hielt der Verkehrsbund am Montag im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung für das dritte Quartal ab. Der Bevollmächtigte, Genosse Ortmann, verwies in seinem Geschäftsbericht zunächst auf die Lohnbewegungen, die im dritten Quartal nicht so zahlreich und umfangreich waren wie im zweiten Quartal.

Es wurden 16 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung geführt für 10 178 Beschäftigte, die mit einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 Pf. pro Stunde oder insgesamt 24 446 Mark pro Woche beendet wurden. Durch die drei Streiks, an denen 102 Personen beteiligt waren, wurde neben anderen Verbesserungen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 262 Mark erzielt.

Die Zahl der neuaufgenommenen oder aus anderen Verbänden übergetretenen Mitglieder war mit 5469 nur um etwas geringer als im zweiten Quartal. Genau wie in den beiden vorausgegangenen Quartalen standen unter den neu aufgenommenen Mitgliedern die Verkehrsarbeiter mit rund 1400 wieder an der Spitze. Diese Entwicklung läßt die Erwartung zu, daß auch in den Verkehrsbetrieben bald wieder das gute Organisationsverhältnis vorhanden sein wird, das vor Jahren schon einmal bestanden hat.

Genosse Ortmann geißelte dann scharf das Ueberstundenunwesen und forderte die Delegierten im Interesse der arbeitslosen Berufsangehörigen auf, sich mit aller Kraft

für die Eindämmung der Ueberstunden

einzusetzen. Auf die Frage der zwischentariflichen Lohnbewegungen eingehend, betonte er mit Recht, daß die Organisation solche Forderungen nicht unterstützen könne, da sie im Falle ihrer Ablehnung durch die Unternehmer über kein rechtlich einwandfreies Mittel verfüge, um die Durchsetzung der zwischentariflichen Lohnforderungen zu erzwingen.

Dem vom Genossen Bregte erläuterten Kassenbericht ist zu entnehmen, daß sich der Lokalkassenbestand im dritten Quartal um fast 25 000 Mark auf 384 348 Mark erhöht hat.

Von der „Opposition", die an der Tätigkeit der Ortsverwaltung nichts auszusetzen fand, wurde lediglich die Schreibweise des Verbandsorgans gegen die Kommunistische Partei kritisiert. Ein mehrere Jahrzehnte organisierter Delegierter gab in beredten Worten unter lebhafter Zustimmung der Generalversammlung seiner Freude über den Zusammenschluß zum „Gesamtverband" Ausdruck, dessen Wirkung seiner Auffassung nach die sein wird, daß die neue Organisation eine viel größere Werbe- und Aktionskraft haben wird als die bisherigen Einzelverbände.

Ortmann ging in seinem Schlußwort besonders ausführlich auf die Kritik der Opposition am Verbandsorgan ein. Jeder ehrliche Gewerkschafter wird nach den Vorkommnissen in den letzten Monaten und Wochen zugeben müssen, daß

die KPD. als politische Interessenvertretung der Gewerkschaften niemals mehr in Frage kommen kann.

Wenn z. B. bei der kommunistischen Demonstration der Zimmerer, Rohrleger usw. vor dem Gewerkschaftshaus extra halt gemacht und gerufen wird: „Nieder mit den freien Gewerkschaften!", oder wenn, ebenfalls bei einer kommunistischen Demonstration vor dem Leipziger Volkshaus, auf die Frage eines Einzelsprechers: „Ist das ein Volkshaus?" der gutgedrillte Sprechchor brüllte: „Nein, das ist ein Sch . . . haus!", dann kann kein vernünftiger Mensch den Gewerkschaften mehr zumuten, es mit dieser antigewerkschaftlichen Partei noch zu halten.

Für die Gewerkschaften gibt es nur noch eine politische Interessenvertretung, und das ist die Sozialdemokratische Partei.

Diese Ausführungen Ortmanns wurden von der Generalversammlung stürmisch begrüßt. Die Versammlung nahm dann noch

Politische Funktionärinnen!

Freitag, den 29. November, 19½ Uhr, im Hochzeitssaal der Sophiensäle, Berlin N. 54, Sophienstr. 17-18, 3. Stock

Funktionärinnen-Konferenz

Tagesordnung:

1. Unsere Agitationsarbeit im Winterhalbjahr 1929/30 Referentin: Genossin Käthe Kern. 2. Aussprache über das Referat und den Bezirksfrauentag. — 3. Verschiedenes.

Zutritt zu dieser Konferenz nur gegen Vorzeigung des Funktionärinnenausweises 1929 m gleichlaut. Mitgliedsbuch.

Türkontrolle: 6. Kreis Kreuzberg. Das Frauensekretariat.

einstimmig einen Antrag an, in dem der Bundesvorstand ersucht wird, auf die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre hinzuwirken. Die Vorschläge der Sektionen für die stellvertretenden ehrenamtlichen Bundesvorstandsmitglieder wurden ohne Widerspruch bestätigt.

Die letzte „Welle".

Wie der „revolutionäre" Streik bei Leuschner endete.

Der von der KPD. inszenierte Streik in der Lederwarenfabrik von Leuschner, Ritterstr. 12, ist nunmehr, wie wir bereits kurz berichteten, auch zusammengebrochen. Der „Erfolg" dieser sinnlosen Bewegung ist, wie in bisher allen ähnlichen Fällen, der, daß von den 20 streikenden jugendlichen Arbeiterinnen der größte Teil auf der Strecke geblieben ist.

Der Streik entstand wegen ganz geringfügiger Differenzen mit dem Betriebsinhaber, so daß es eine Kleinigkeit gewesen wäre, durch die Vermittlung der Betriebsvertretung oder der Organisation die Streitigkeiten aus der Welt zu schaffen. Zur Aufstellung der eigentlichen Forderungen, wie Herabsetzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden, Erhöhung der Löhne um 20 Proz. usw., schritten die streikenden jungen Mädchen erst dann, als sie die üblichen Instruktionen von dem sagenhaften „revolutionären Ausschuß der Jugendvertrauensleute" erhalten hatten.

Während des Streiks spielten sich vor dem Betriebe die widerlichsten Szenen ab. Es wurden betriebsfremde Elemente als „Streikposten" aufgestellt, die die im Betriebe verbliebenen, zu tariflichen Bedingungen arbeitenden jungen Mädchen sowie die erwachsenen Arbeiter beschimpften und sogar mißhandelten, so daß verschiedene Male die Polizei zum Eingreifen veranlaßt wurde. Die ebenfalls betriebsfremde „Streikleitung" wandte sich an die übrigen Lederwarenbetriebe und forderte diese zur materiellen Unterstützung des Kampfes oder zu dem gleichen sinnlosen Vorgehen auf. Dieser Aufforderung ist aber niemand nachgekommen. Nachdem sich einige der Streikenden andere Arbeit gesucht bzw. die Arbeit wieder aufgenommen hatten, löste sich schließlich die Bewegung von selbst auf. Der „Erfolg" ist eben der, daß die KPD. wieder einmal einen wilden Streik gemacht und die irregeführten jugendlichen Arbeiterinnen von Leuschner um eine trübe Erfahrung reicher geworden sind.

Amerikanische Arbeitsbeschaffung.

New York, 26. November.

Die in Chicago tagenden amerikanischen Eisenbahnpräsidenten teilten Hoover mit, daß sie beschlossen hätten, aus dem Bau- und Verbesserungsfonds 673 Millionen Dollar für Bauzwecke zur Verfügung zu stellen und daß sie außer dem bereits früher gegebenen Stahlauftrag für 1½ Millionen Tonnen einen weiteren 1-Millionen-Tonnen-Auftrag planten.

Es verlautet, daß in der Konferenz, die Hoover mit Vertretern der Bauindustrie hatte, beschlossen wurde, 2,2 Milliarden Dollar für Straßenverbesserungen auszuwerfen. Die amerikanische Handelskammer berief für den 5. Dezember eine Hauptversammlung ein, um zu den von Hoover aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Jugendabteilung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, „Jugendwerbeveranstaltung", Rezitationen, Lieder zur Laute, Volkstänze, Sprech- u. Bewegungschor „Dinibende". Karten sind im Verbandsbureau und an der Kasse zu haben. — Neukölln: Jugendheim Bergstraße 29 (Hof), Heute Hausspielabend. — Süden, Südwesten: Gruppenheim, Städt. Jugendheim, Parkstr. 11 (Fabrikgebäude). Süden, Südwesten fragt Kapt. — Zentrum: Jugendheim Zehdenicker Str. 24—25. Unsere Burschen haben das Wort. — Weißensee: Gruppenheim Weißensee, Parkstr. 36. Vortrag: „Wir und die politischen Jugendorganisationen". — Marbeina: Jugendheim, Schule Tannenburger Str. 20. Literarischer Abend: „Adolf Glaßbrenner". — Voranzeige! Achtung, Wanderleiter! Am Montag, dem 2. Dezember, 19½ Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses (Restaurant), Engelufer 24—25, Wanderleiterkursus. Vortrag: „Wie lese ich ein Kursbuch?"

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, sind folgende Veranstaltungen: Gesundbrunnen: Jugendheim Schönhauser Str. 1 (Erdgeschoß), 3 Trp. Vortrag: „Die Gewerkschaften und ihre Bedeutung". Referent: Heinz Mann. — Osten: Jugendheim der Schule Stauer Str. 16. Vortrag: „Die Hafenstadt Berlin". Referent: Wilhelm Hesse. — Norden: Jugendheim Danziger Str. 62, Baracke 3. Aussprache: „Die Arbeit unserer Funktionäre". — Stralau: Jugendheim der Schule Gutsstr. 41. Vortrag: „Moderne Arbeiterdichter". Referent: Fritz Walsch. — Neukölln: Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Vortrag: „Kartelle, Konzerne, Trusts". Referent: Willi Derfam. — Südost: Jugendheim Wrangelstr. 128. Vortrag: „Weltwirtschaft und Weltverkehr (Amerikanisierung, Zeppelin, Rakete)". Referent: Kurt Meyer. — Spandau: Jugendheim Lindenufer 1. Vortrag: „Internationale Gewerkschaftsbewegung". Referent: Otto Lamm. — Potsdam-Nowawes: Jugendherberge Nowawes, Priesterstraße. Vortrag: „Lehrling und Berufsschule — unsere Freizeit". Referent: Werner Decker.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Mittwoch, 27. November. Neukölln-Britz. 1. Kameradschaft, 1. Zug, 20 Uhr Zugversammlung bei Grammel, Sander- Ecke Habrechtstraße. Vortrag des Kameraden Joh. Behre. Wilmersdorf (Ortsverein). 17½ Uhr Antreten Krematorium Wilmersdorf zur Einäscherung unseres Kameraden Niebig jr. Spielleute und Fahnen zur Stelle. — Donnerstag, 28. November. Kreis Osten. 19 Uhr Antreten mit Fahnen und Spielleuten Landsberger Platz. Mitte. 19 Uhr Antreten mit Fahnen und Spielleuten Landsberger Platz. Blücherveranstaltung. Wedding (Ortsverein). 19 Uhr Sitzung des engeren Vorstandes. 20 Uhr Sitzung des erweiterten Vorstandes in der Geschäftsstelle, Nazarethkirchstr. 41. Friedrichshain. 18½ Uhr Antreten mit Musik und Fahnen auf den Sammelplätzen der Kameradschaften. Blücherveranstaltung. Neukölln-Britz. Jungbanner, 20—22 Uhr Zobbinstraße, Walter-Rathenau-Schule, Spielabend. Köpenick (Ortsverein). Zur Veranstaltung des Kreises Osten fahren die Kameradschaften wie folgt ab: Köpenick 18.18 Uhr, Friedrichshagen 18.14 Uhr, Spindlersfeld 18.11 Uhr, Grünau 18.15 Uhr bis Schlesischen Bahnhof. — Freitag, 29. November. Schöneberg-Friedenau. Kameradschaft Wallenhorst. 11.20 Uhr Versammlung bei Heß, Rheinstr. 8. Kamerad Universitätsprofessor Dr. [illegible] spricht über „Die Französische Revolution von 1789". Kameraden anderer Kameradschaften mit Angehörigen sind herzlich eingeladen. — Prenzlauer Berg. Donnerstag, 28. November, 19 Uhr, Antreten aller Kameraden mit Musik am Arnswalder Platz. — Lichtenberg. Kameradschaft Gustav Tempel. Alle aktiven Kameraden Donnerstag, 28. November, pünktlich 18 Uhr, in Bundeskleidung bei Hämer, Frankfurter Allee 263. Blücherveranstaltung.

Berliner Verein für Gemeinschaftsschule e. V. Lehrerabend jeden Mittwoch von 19½—21½ Uhr im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 13. Vereinsheim: Wilhelmshof, Anhaltstr. 12. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Berlin-Halensee, [illegible] Str. 2.

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Gr. Kreuzberg. Mittwoch, 27. November, Vortrag des Herrn Dr. med. Rosenthal in der neuen Schule, Bergmannstr. 65. Gäste willkommen. Beginn 20 Uhr. Anschließend geselliges Beisammensein in unserer alkoholfreien Gaststätte, Marheinekeplatz 3—4.

Deutscher Esperanto-Bund. Ortsgruppe Berlin. Freitag, 20 Uhr, Konditorei Zabrin, Badischer Markt.

Berliner Entomologische Vereine. Insekten-Kauf- und Tauschbörse der Berliner Entomologischen Vereine in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. Eingang Rochstraße (am Alexanderplatz). Sonntag, 1. Dezember, 9—17 Uhr. Insektenschau. Kauf und Tausch von Schmetterlingen, Käfern und anderen Insekten.

Freie Arbeiter-Esperanto-Vereinigung Berlin. Gruppe Osten. Jeden Donnerstag Gruppenabend und Kursus im Jugendheim, Am Ostbahnhof 17. Gesinnungsgenossen herzlich willkommen.

German-English-society. Café Jagenburg, Berlin W, Bülowstr. 1. 9 p. m. From 8[30] to 9 o'clock: Recital of Scotch Folk Songs by Miß Rahel Neill Fraser. From 9[1/4], Lecture: Two Lectures by H. G. Wells and Matters arising therefrom by Mr. R. Colenutt M. A.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 27. 11. Staats-Oper Unter d. Linden. A.-V. 262. 20 Uhr. Der Barbier von Sevilla

Mittwoch, 27. 11. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus II. 20 Uhr. Ein Maskenball

Staats-Oper Am Pl. d. Republ. Vorst. 91. 19¾ Uhr. Hoffmanns Erzählungen

Staatl. Schauspielh. am Gendarmenmarkt. A.-V. 231. 20 Uhr. Don Carlos

Staatl. Schiller-Theater, Charlbg. 20 Uhr: Des Kaisers Soldaten

SCALA. Tägl. 2 Vorstell. 5 und 8½ Uhr. Barbarossa 6246. Preise 1-6 M. Wochentg.: 5 U. 50 Pf.-3 M. Geraldine u. Joe, Ettó, Power usw.

PLAZA. Tägl. 5 u. 8[15]. Sonnt. 2, 5 u. 8[30]. Alex. E. 4. 8066. INTERNAT. VARIETÉ

Renaissance-Theater. 8¼ Uhr. — Zum 185. Male. Coeur-Bube. Komödie von Jacques Natanson. Regie: Leontine Sagan. Lennartz — Brausewetter — Valentin Kepler — Sima — Rasumny. Steinplatz 01, 0801 u. 2583/84.

Winter Garten. 8 Uhr • Zentr. 2810 • Rauchen erlaubt. Jise Bois, Irvin Sisters etc.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 8 Uhr. Uraufführung. Affäre Dreyfus. Schauspiel von René Kestner. Regie: H. D. Kenter.

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr. Des Kaisers Soldaten

Staatsoper am Platz der Republik. 7½ Uhr. Hoffmanns Erzählungen

Theater am Schiffbauerdamm. 8¼ Uhr. Pennäler

Trianon-Th. Merkur 2361. 8¼ Uhr. Elisabeth Strickrodt in „Die Ballerina des Königs". Mittwoch 4 Uhr Schneewittchen. Rundfunkh. halbe Preise.

Deutsches Theater. D. 1. Norden 12 310. 8¼ Uhr. Der Kaiser v. Amerika von Bernard Shaw. Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele. D. 1. Norden 12 310. 8¼ Uhr. Zur gefl. Ansicht! Lustspiel von Frederik Lonsdale. Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie. J 1 Bismck. 2414/7516. 8¼ Uhr. Vom Teufel geholt von Knut Hamsun. Regie: Max Reinhardt.

Th. a. Nollendorfplatz. Vorvk. 10-2. Kl. 2001. Täglich 8¼ Uhr. Gastspiel des Deutschen Theaters. Die Fledermaus. Regie: Max Reinhardt.

Lustspielhaus. Friedrichstr. 236. Bergmann 2922. Täglich 8¼ Uhr. Grand Hotel. Lustspiel von Paul Frank

GROSSES SCHAUSPIELHAUS. 8 Uhr: 3 Musketiere. Regie: ERIK CHARELL. 3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

ROSE-THEATER. Gr. Frankfurter Straße 132. Teleph.: Alexander 3422 u. 3494. Täglich 8[15] Uhr. (Sonntags 5¼ und 9 Uhr). Pariser Blut. Kammeroperette in 3 Akten von Julius, Wilhelm und Heinrich Reinhardt. Regie: Paul Rose. Heute nachm. 3 Uhr. Das tapfere Schneiderlein. Regie: Willi Rose. Sonnabend, 30. November 1929 nachm. 3 Uhr „Max und Moritz" und der Weihnachtsmann. Regie: Willi Rose. Jeden Sonntag nachm. 2.30 Uhr Frau Holle. Großes Ausstattungsmärchen. Regie: Hans Rose.

8¼ Uhr CASINO-THEATER 8¼ Uhr. Lothringer Straße 37.

Nur noch bis 3. Dezember 1929: Vertagte Hochzeitsnacht! Am 3. Dezember zum 1. Male: Familie Hannemann. Gutschein für 1—4 Personen: Fauteuil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M. Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Direktion Dr. Robert Klein. Deutsches Künstler-Theat. Barbarossa 3937. 8¼ Uhr. Ende 11.10 Uhr. Seltsames Zwischenspiel. Regie: Heinz Hilpert. 3te Stg. 1 Dezb. Die andere Seite

Berliner Theater. Dönhoff 170. 8¼, Ende 11 Uhr. Letzte Aufführung. Zwei Krawatten. Morgen, abends 7½ Uhr. Deutsche Uraufführung. Reserviert für Harry Gaston.

Theat. a. Kotib. Tor. Kotib. Str. 6. Tägl. 8 Uhr, auch Sonnt. nachm. 3 U.: Elite-Sänger. Die Welt geht unter! Frem. Fürstenbunker als.

Planetarium am Zoo. Berliner Joachimsthaler Straße. B 5 Barbarossa 5879. 16½ Uhr Herbstabend am Sternenhimmel. 18¼ Uhr Rätsel des Sternenhimmels. 20¼ Uhr Bis an die Grenzen der Welt. Eintritt 1 Mark, Kinder 50 Pf. Mittwochs halbe Kassenpreise.

Barnowsky-Bühnen. Theater in der Königgrätzer Straße. Täglich 8¼ Uhr. Die erste Mrs. Selby mit Fritzi Massary

Komödienhaus. Täglich 8¼ Uhr. Der Hühnerhof v. Tristan Bernard

Kleines Theat. Merkur 1624. Täglich 8¼ Uhr. Max Adalbert in Das Parfüm meiner Frau. Lustsp. v. Leo Lenz

Lessing-Theater. Norden 10846. Gruppe junger Schauspieler. Letzte Vorstellungen. Täglich 8¼ Uhr. Cyankali. Freitag 4 Uhr Märchenvorst. Hans Urian geht nach Brot

Theater d. Westens. Tägl. 8¼ Uhr. Marietta. Musik v. Oscar Straus. Käthe Dorsch, Michael Bohnen. Mittw. 4, So. 3 Uhr Friederike

Zentral-Theater. Alte Jakobstr. 37. Gastspiel d. Th. d. Westens. Täglich 8¼ Uhr. Stg. 3 u. 8¼ Uhr. Friederike. Der Welterfolg von Franz Lehár

Metropol-Th. 8¼ Uhr. Lehár dirigiert Das Land des Lächelns. Vera Schwarz, Richard Tauber

Reichshallen-Theater. Abends 8 Sonntag nachm. 3. „Bei de Stettiner". Ulk-Revue v. Meysel. Billettbest. Zentrum 11243. Nachm. halbe Preise. Dönhoff-Brettl: Das große Varieté-Progr. Tanz — Falkner-Orchester.

Füllhalter bei JUERGENS. Alexanderplatz. Neue Königstr. 43

Mein Kapitän-Kautabak schmeckt mir doch am besten!

Wo spielt man gut und billig? Nur Gross-Berlin. Alexanderplatz

Schlafzimmer fabelhaft billig! Berolina. KOMMANDANTENSTR. 57

Die Veröffentlichung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten am 10. August 1929, in der

Hotel Wolfstal, Inh. Freudiger & Keller.
Restaurant Kleinbahnhof, Inh. Grucziewiz.
Schlagmühle, Inh. Lehmann.
Rotkäppchen, Inh. Bohn.
Alte Spitzmühle, Inh. Kerschbaum.

sämtlich in Strausberg, als tarifbrüchig bezeichnet wurden, wird dahin berichtigt, daß ein

Tarifbruch nicht vorgelegen hat.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin, N. 24, Elsasser Str. 25-26 II. Telephon: Norden 804 und 1818.